



Rheinland-Pfalz

EUROPAPLAN DER LANDESREGIERUNG



Inhalt

1. Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion	4
Wettbewerbsfähigkeit in Europa und Rheinland-Pfalz stärken	4
Energie als Standortfaktor begreifen	5
Biotechnologie als Zukunftschance ausbauen	6
Auf Kreislaufwirtschaft „made in Rheinland-Pfalz“ setzen	7
Innovationskraft der Wirtschaft und europäische Mobilität im Hochschulbereich steigern	9
EU-Haushalt und Kohäsionspolitik nach 2028 mitgestalten	10
2. Sicherheit, Resilienz und Solidarität	14
Im Katastrophenfall europäisch handeln	14
Gesundheitsversorgung sicherstellen	16
Integration fördern und Zuwanderung steuern	16
Digitale Souveränität und Jugendschutz im Netz stärken	18
3. Landwirtschaft, Entwicklung ländlicher Räume und Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	20
Landwirtschaft und ländliche Räume stärken	20
Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarn vertiefen	23
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Regionalentwicklung fördern	26
4. Klimaschutz, Umwelt, Ernährung und Nachhaltigkeit	28
Ambitionierte Klimaziele erreichen	28
Natur und Artenvielfalt schützen	29
Gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährung unterstützen	30
Nachhaltige Entwicklung als europäische Gemeinschaftsaufgabe gestalten	31
5. Transformation und Zukunft der Arbeit	32
Transformation als Chance für Europa begreifen	32
Digitalen Wandel in der Bildung gestalten	33
6. EU als Wertegemeinschaft	34
Den Europäischen Gedanken stärken	34
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schützen	36
Unabhängige Medien und eine vielfältige Medienlandschaft in Europa fördern	38
Für Vielfalt, Gleichstellung und Antidiskriminierung einsetzen	39
Menschen über Grenzen hinweg verbinden	40
Impressum	42



**Liebe Bürgerinnen
und Bürger,
liebe Europa-
Interessierte,**

in Rheinland-Pfalz leben wir europäischen Zusammenhalt. Besonders in unseren Grenzregionen zu Frankreich, Luxemburg und Belgien leben und gestalten wir gemeinsamen Alltag, pendeln zur Arbeit und spüren die Kraft einer europäischen Innovationsregion. Mit unseren Partnerregionen Burgund-Franche-Comté, Oppeln und Mittelböhmen pflegen wir im 4er-Netzwerk enge Beziehungen und stehen für ein Europa der Regionen. Hier wird deutlich: Europa ist mehr als ein politisches Projekt – es schafft konkreten Mehrwert für die Menschen.

Die Europapolitik der Landesregierung lädt Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe ein – ob in unseren über 100 Europaschulen oder in der Umsetzung von gemeinsamen Vorhaben. Unser Einsatz ist dabei untrennbar mit den europäischen Werten verbunden und fördert den europäischen Gedanken im Land und darüber hinaus. Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass Europa vor Ort wirkt und Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer einen echten Nutzen aus EU-Politik und EU-geförderten Projekten erfahren. Als Landesregierung ist es uns wichtig, dass die Regionen auch künftig eine zentrale Rolle in der EU-Kohäsionspolitik spielen. Denn Europa wird dort sichtbar, wo Projekte umgesetzt, Fördermittel wirksam eingesetzt und die Menschen unmittelbar erreicht werden. Die Regionen sind es, die Europa zusammenhalten und Politik nah bei den Menschen gestalten.

Die Europäische Union steht derzeit vor enormen Herausforderungen, die uns alle betreffen: von der Unterstützung der Ukraine, der Verteidigung Europas und der Stärkung der Widerstands- und

Wettbewerbsfähigkeit bis hin zur Gestaltung der Transformation zu einem klimafreundlichen Europa. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Landesregierung die neue Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission, die mehr Sicherheit und Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union verspricht.

Besonders die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bietet große Chancen für die Menschen und Unternehmen in Rheinland-Pfalz. Mehr Innovationsfähigkeit, weniger Bürokratie sowie bezahlbare Energie stärken gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Landesregierung unterstützt auch ausdrücklich den „Clean Industrial Deal“, der Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz vereint, und so zu einer lebenswerteren Umwelt beiträgt. Zudem setzen wir in Rheinland-Pfalz auf Digitalisierung in allen Lebensbereichen und den Ausbau von erfolgreichen Schlüsselindustrien wie Biotechnologie und Weinbau, um langfristig gute Arbeitsplätze und attraktive Zukunftsperspektiven in Rheinland-Pfalz und ganz Europa zu sichern.

Der Europaplan stellt die europapolitischen Ziele der rheinland-pfälzischen Landesregierung vor, formuliert Erwartungen an die europäische Ebene und beschreibt exemplarisch EU-geförderte Leuchtturmprojekte, die die Sichtbarkeit unseres europapolitischen Engagements zum Ausdruck bringen.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter an einem starken und zukunftsfähigen Europa bauen!

Ihr

Alexander Schweitzer
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

1. Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion

Wettbewerbsfähigkeit in Europa und Rheinland-Pfalz stärken

Rheinland-Pfalz ist geprägt von einer vielfältigen und leistungsfähigen Wirtschaft mit einer starken industriellen Basis und breitgefächerten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die zwei zentrale Säulen für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in unserem Land bilden. Angesichts hoher Energiekosten, wachsender globaler Konkurrenz und protektionistischer Handelspolitiken einiger Länder ist es für unsere Landesregierung von zentraler Bedeutung, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz sowie der europäischen Industrie nachhaltig zu stärken.

Dabei sind Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung unerlässlich. Einen wichtigen Schritt auf diesem Weg bilden die von der Europäischen Kommission initiierten „Omnibus-Pakete“ und Praxis-Checks, die in dieser Legislaturperiode zum Abbau bürokratischer und administrativer Hürden für Unternehmen beitragen sollen. Die Landesregierung begrüßt die europäischen Initiativen zum Bürokratieabbau und setzt mit eigenen Entlastungspaketen Impulse für den wirtschaftlichen Aufschwung. Dazu gehören Maßnahmen wie Vereinfachungen im Vergaberecht, die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Einrichtung einer zentralen Behörde für die Erteilung von Genehmigungen für Großraum- und Schwertransporte.

Für eine klare, konsistente und möglichst widerspruchsfreie Rechtssetzung müssen nationale und europäische Regelungen besser aufeinander abgestimmt werden, während Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Gesetzgebungsverfahren miteinbezogen werden. Zugleich sollten die Gesetzgeber nur dann tätig werden, wenn tatsächlicher Regelungsbedarf besteht.

Rheinland-Pfalz hat mit seiner exportorientierten Industrie ein besonderes Interesse an einem leistungsfähigen Binnenmarkt. Auf europäischer Ebene sollte daher basierend auf dem Wettbewerbsfähigkeitskompass sowie der Binnenmarktstrategie 2025 bestehende Barrieren abgebaut und der grenzüberschreitende Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personal und Kapital gefördert werden.

Eine konsequente und umfassende Digitalisierung des Binnenmarktes durch die Schaffung eines digitalen Ökosystems aus digitalem Produktpass, elektronischer Rechnungsstellung sowie der europäischen Unternehmensbrieftasche ist dabei erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Binnenmarktes zu steigern.

Mit dem 2025 auf den Weg gebrachten Clean Industrial Deal (CID) für eine saubere Industrie, der auf den Empfehlungen des Draghi-Berichts aus dem Jahr 2024 zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU basiert, ergänzt die Europäische Kommission den Green Deal um konkrete Maßnahmen, die die europäische Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 wettbewerbsfähiger machen sollen. Der CID soll u.a. Energiepreise senken, hochwertige Arbeitsplätze schaffen und Unternehmen bessere Rahmenbedingungen bieten. Anders als der Green Deal setzt er stärker darauf, die Klimaschutzziele kosteneffizient zu erreichen – ohne den Wettbewerb zu beschneiden. Der CID enthält Maßnahmen zu folgenden Schwerpunktthemen:

- Bezahlbare Energie für energieintensive Industrien wie Stahl, Metall und Chemie.
- Förderung sogenannter sauberer Technologien, die nach EU-Auffassung für die künftige Wettbewerbsfähigkeit zentral sind und industriellen Wandel, Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung vorantreiben.

- Stärkung der Kreislaufwirtschaft mit dem Ziel, Recycling, Wiederverwertung, nachhaltige Produktion und Unternehmenskooperationen auszubauen, um die Abfallmenge zu reduzieren und die Lebensdauer von Materialien zu verlängern.

- » Maßnahmen zur Vereinfachung, Digitalisierung und zum Bürokratieabbau müssen als Daueraufgabe betrachtet werden. Die Landesregierung setzt sich für die Identifizierung überflüssiger und überlappender Berichtspflichten und deren konsequentem Abbau ein.
- » Der Clean Industrial Deal (CID) soll branchenweit einheitliche Rahmenbedingungen schaffen – ohne zusätzliche Sonderregelungen für politisch priorisierte Branchen.
- » Zugleich setzt sich die Landesregierung für eine schnelle Umsetzung des digitalen Ökosystems auf europäischer Ebene ein, bestehend aus digitalem Produktpass, elektronischer Rechnungsstellung sowie der europäischen Unternehmensbrieftasche.
- » Der CID soll Komplexität und Regelungsdichte reduzieren und somit einen Beitrag zur Entbürokratisierung leisten. Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass dies technologieoffen erfolgt, wodurch spezialrechtliche Regelungen reduziert werden.
- » Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass mit dem CID die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungsketten gestärkt wird.

Energie als Standortfaktor begreifen

Das Fundament der exportstarken Wirtschaft in Rheinland-Pfalz bilden neben großen, internationalen Unternehmen vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die überproportional in energieintensiven Industriebranchen vertreten sind (z.B. Chemie-, Papier-, Glas-, Keramik- und Kunststoffindustrie). Die Landesregierung begrüßt daher den Aktionsplan der Europäischen Kommission für bezahlbare Energie.

Maßnahmen wie eine niedrigere Stromsteuer und die Streichung nicht-energetischer Kostenkomponenten entlasten hiesige Unternehmen und wirken den massiven Energiepreisanstiegen der letzten Jahre entgegen. Bereits jetzt schafft die Landesregierung mit ihren eingangs erwähnten Bürokratieabbau-Paketen ein Umfeld, das dazu beiträgt, die Komplexität und Dauer der Genehmigungsverfahren auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Neben der kurzfristigen Entlastung hält die Landesregierung das langfristige Ziel „günstige und saubere Energie“ für entscheidend, weil es zu einem zentralen Standortfaktor in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa werden kann. Aus dieser Perspektive sollten auch strukturelle, langfristige Maßnahmen zur Energiewende nach marktwirtschaftlichen Prinzipien konsequent und unbürokratisch umgesetzt werden – zum

Innovative Transformationsprozesse fördern wirtschaftliches Wachstum und steigern die Wettbewerbsfähigkeit.

Nutzen der Wirtschaft und mit hoher Akzeptanz in der Bevölkerung. Unternehmen brauchen Planungssicherheit und verlässliche, günstige Energiepreise, um zu investieren, Arbeitsplätze zu schaffen und reale Wertschöpfung zu erzeugen. Innovative Transformationsprozesse fördern wirtschaftliches Wachstum und steigern die Wettbewerbsfähigkeit.

Langfristig sind strukturelle Maßnahmen zentral – insbesondere der bedarfsgerechte Netzausbau in Deutschland sowie zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen einer „Energieunion“. Engagierte Forschung und Entwicklung sichern technischen Fortschritt und somit zukünftige Wertschöpfung.

- » Die Landesregierung möchte aktiv daran mitwirken, günstige und saubere Energie zum Standortfaktor nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch in Europa zu machen.
- » Dafür braucht es von der EU eine konsequente, unbürokratische Transformation der Energieversorgung nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.
- » Planungssicherheit und kalkulierbare, günstige Energiepreise sind essenziell für Wertschöpfung und Wohlstand. Die europäischen Rahmenbedingungen sollten dieses Ziel in der sozialen Marktwirtschaft verlässlich unterstützen.
- » Die Landesregierung unterstützt das zeitnahe und kooperative Zusammenwirken einer widerstandsfähigen Energieunion. Sie bietet das Potenzial, eines flexiblen und optimiert steuerbaren Energiesystems der Zukunft. Dies geht einher mit positiven Wertschöpfungseffekten und verschafft eine konstante Versorgungssicherheit.

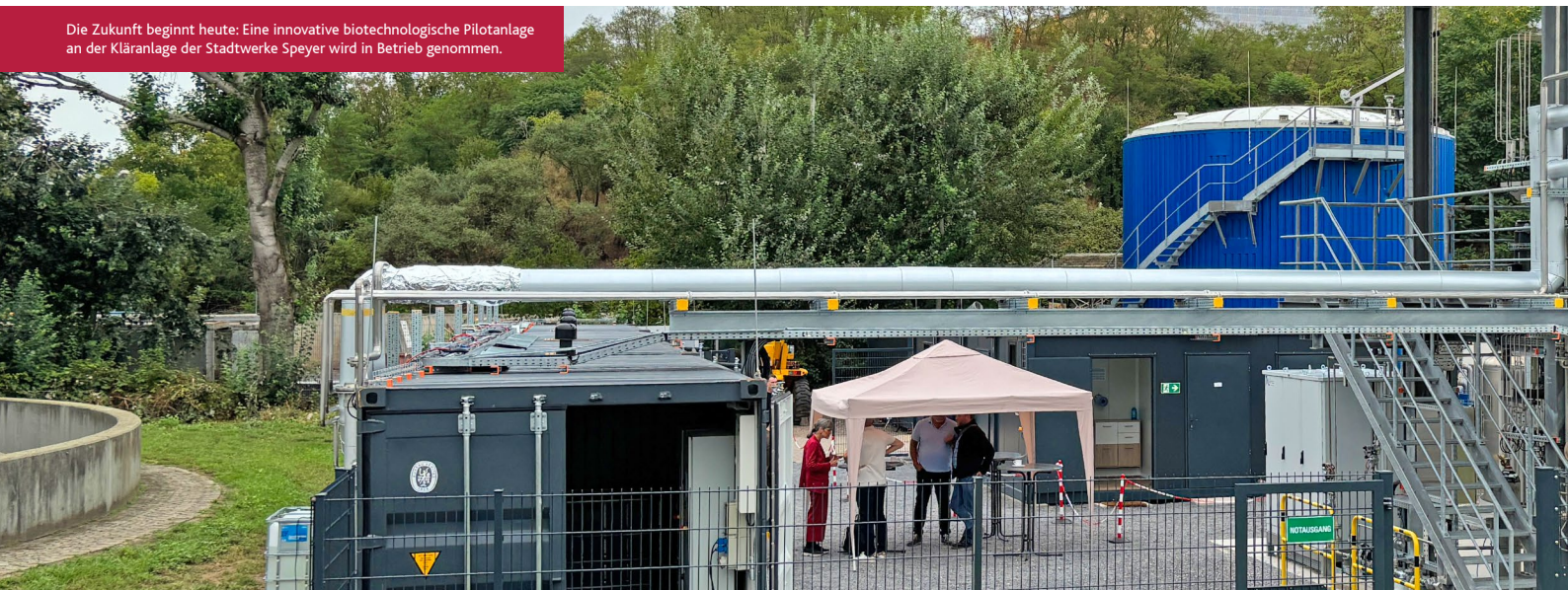
Biotechnologie als Zukunftschance ausbauen

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, Rheinland-Pfalz zu einem europaweit führenden Biotechnologie-Standort auszubauen. Dafür stärken wir Forschung, Entwicklung und Produktion in der Biotechnologie und verbessern die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Gründende. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen arbeiten dabei eng zusammen, um sowohl die lebenswissenschaftliche Grundlagenforschung als auch die transnationale klinische Forschung zu großen Volkskrankheiten und zur Altersforschung weiterzuentwickeln.

Das international gut vernetzte Life Sciences Zentrum Mainz GmbH (LZM) unterstützt Ausgründungen und Gründende im Bereich Biotechnologie und Life Sciences gezielt durch das Inkubatorprogramm [LiSci]RLP. In einem neu entstehenden Gebäude eines internationalen Wissenschaftspark- und Netzwerkbetreibers in Mainz sollen voraussichtlich ab Ende 2027 zusätzliche Flächen an Gründende aus dem Life-Science-Bereich vermietet werden. Außerdem unterstützt das LZM aktiv den Aufbau der Plattform BioVation für Biotechnologie und Life Sciences, um die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft in ganz Rheinland-Pfalz und darüber hinaus zu stärken.

Wichtig ist auch die europaweite Vernetzung rheinland-pfälzischer Akteurinnen und Akteure.

Die Zukunft beginnt heute: Eine innovative biotechnologische Pilotanlage an der Kläranlage der Stadtwerke Speyer wird in Betrieb genommen.



Neben Kooperationen, u.a. mit Schottland, den Niederlanden und Dänemark, spielt die durch das Erasmus+-Programm geförderte Europäische Hochschulallianz FORTHEM eine zentrale Rolle in dieser Internationalisierungsstrategie. Für die daran beteiligte Johannes Gutenberg-Universität Mainz bietet diese Allianz die Chance, ein tragfähiges Netzwerk aufzubauen und grenzüberschreitende Forschung – etwa zur Biotechnologie – zu ermöglichen.

Biotechnologie wiederum trägt zu Klima- und Ressourcenschutz bei und stärkt damit eine wettbewerbsfähige Bioökonomie. Ein Leuchtturmprojekt der zirkulären Bioökonomie in Rheinland-Pfalz ist die Produktion von CO₂-negativem, hochreinem Wasserstoff in modularen, dezentralen Anlagen aus schwer verwertbaren biogenen Reststoffen wie Grünschnitt und Klärschlamm. Eine Testanlage hat die bhyo GmbH in Speyer in Betrieb genommen, eine Pilotanlage im großtechnischen Maßstab soll in Frankenthal errichtet werden. Neben der Herstellung von biogenem Wasserstoff kann das Verfahren langlebige organische Schadstoffe reduzieren: So werden beispielsweise per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) in unschädliche Verbindungen umgewandelt. Mikronährstoffe wie Kalium, Calcium oder Phosphor lassen sich extrahieren und in der Düngemittelproduktion nutzen; entstehende Abwärme kann perspektivisch in lokale Fernwärmenetze eingespeist werden.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt unter Leitung

des LZMs ist die Entwicklung eines Innovationsclusters „Skalierung* in der Biotechnologie“. Es vernetzt Forschung, KMU, Start-ups, Kommunen, Landwirtschaft und die Industrie, um die Umsetzung von Forschung in der industriellen Produktion zu stärken und biogene Stoffströme effizient zu nutzen.

- » Die Europäische Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, die EU bis 2030 im Bereich Biotechnologie und Lebenswissenschaften im globalen Wettbewerb deutlich zu stärken. Dieses Anliegen unterstützt die Landesregierung ausdrücklich und fordert, die Strategie für Lebenswissenschaften konsequent umzusetzen sowie mit der für Ende 2025 angekündigten Biotechnologie-Verordnung und der Bioökonomie-Strategie die Rahmenbedingungen für Forschung, Unternehmen und Start-ups weiter zu verbessern.
- » Die Landesregierung spricht sich dafür aus, Biotechnologie als ein Schwerpunktthema in der ab 2028 beginnenden Förderperiode des nächsten Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (FuI) „Horizont Europa“ und des Europäischen Fonds für die Wettbewerbsfähigkeit (ECF) zu verankern.

Auf Kreislaufwirtschaft „made in Rheinland-Pfalz“ setzen

Der Ausbau der europäischen Kreislaufwirtschaft eröffnet große Chancen für rheinland-pfälzische Unternehmen. Im kommenden Jahr will die Europäische Kommission mit einem Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft (Circular Economy Act) Investitionen in Recyclingkapazitäten mobilisieren, Primärrohstoffe ersetzen und Deponierung sowie Verbrennung gebrauchter Rohstoffe begrenzen. Das begrüßt die Landesregierung ausdrücklich. Für Deutschland und speziell Rheinland-Pfalz entstehen neue wirtschaftliche Perspektiven. Die Kreislaufwirtschaft schont Ressourcen, reduziert die Importabhängigkeiten und bietet den Unternehmen im Land die Chance, Leitanbieter neuer Technologien in einem wachsenden Markt zu werden.



Rheinland-Pfalz verfügt bereits über zahlreiche innovative Unternehmen der Kreislaufwirtschaft. Das vom Land geförderte Umwelttechnik-Netzwerk Ecoliance Rheinland-Pfalz bündelt die innovationsstarke Umweltwirtschaft und dient als Anker für EU-weite Kooperationsprojekte u.a. in den Schwerpunktthemen Kreislaufwirtschaft und Recycling. Mit dem landesweiten Ressourceneffizienznetzwerk EffNet und dem etablierten Förderinstrument EffCheck unterstützt das Land seit vielen Jahren erfolgreich Unternehmen bei der Steigerung ihrer Material- und Energieeffizienz. Die Grundlagen für Wachstum und Erfolg sind damit vorhanden – daran sollte im europäischen Rahmen angeknüpft werden.

- » Auch aus Unternehmenssicht bietet die Transformation zur zirkulären Wirtschaft neue Chancen, gleichzeitig besteht Sorge vor einem höheren Dokumentationsaufwand und (zunächst) höheren Kosten. Die Landesregierung setzt sich daher bei der Europäischen Kommission für eine nutzerorientierte Umsetzung, frühzeitige Einbindung der Betriebe, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und gezielte Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein.
- » Für eine europaweit erfolgreiche Kreislaufwirtschaft befürworten Unternehmen gemeinsame Regeln, um grenzüberschreitend Informationen digital entlang der Wertschöpfungskette austauschen zu können. Rheinland-Pfalz unterstützt diese Forderung und bittet die Europäische Kommission, die Anliegen der Unternehmen bei der Vorbereitung des Circular Economy Act zu berücksichtigen.

An der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz werden seit 2025 drei Promotionsstellen durch EU-Mittel gefördert.



Innovationskraft der Wirtschaft und europäische Mobilität im Hochschulbereich steigern

Mit einer Ausstattung von 93,5 Milliarden Euro ist „Horizont Europa“ eines der zentralen Förderinstrumente der EU und zielt darauf ab, Europa als Standort für exzellente Forschung zu stärken.

In den vergangenen vier Jahren konnten Einrichtungen in Rheinland-Pfalz mehr als 156 Millionen Euro Fördermittel einwerben. 53 Millionen Euro davon stammen aus den renommierten Grants des Europäischen Forschungsrates (ERC), mit denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besonders ambitionierte Projekte umsetzen. Darüber hinaus ist die europäische Forschungsförderung eine hervorragende Möglichkeit, internationale Netzwerke aufzubauen.

Im Marie-S. Curie Doktorandennetzwerk „ThespiS – Theaters, Sanctuaries, Performance: Interaction and Sustainability“ arbeiten Partnerinnen und Partner aus fünf Ländern gemeinsam an der archäologischen Erforschung antiker Theater als Elemente des kulturellen, religiösen und sozialen Diskurses. Ziel der im Rahmen der FORTHEN-Allianz entstandenen Kooperation ist die Entwicklung nachhaltiger, wissensbasierter Modelle für Erhalt und die Nutzung des antiken kulturellen Erbes. Mit EU-Mitteln werden ab November 2025 drei Promotionsstellen an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz mit rund 750.000 Euro gefördert.

Im MUNASET-Projekt an der Hochschule Kaiserslautern, gefördert mit über vier Millionen Euro, wird zu Proteasen-Biomarkern geforscht. Diese haben großes Potenzial für Diagnose und

Therapie bei neurologischen, psychiatrischen und onkologischen Erkrankungen sowie Krebsarten bei Störungen des Immunsystems. Das Projekt entwickelt eine hochsensitive, einfach bedienbare Biosensorenplattform auf Graphenbasis, um Therapieansprechen präziser vorherzusagen und mögliche Behandlungen schneller zu identifizieren.

Für ein wettbewerbsfähiges und innovatives Europa setzt die rheinland-pfälzische Landesregierung auch auf Begegnung und Austausch zwischen Studierenden, Forschenden und Hochschulmitarbeitenden. Einen wichtigen Beitrag leisten hierbei das EU-Programm Erasmus+ und die Europäischen Hochschulallianzen, die als Wegbereiter für innovative Hochschulmodelle gelten. Ziel ist ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum, in dem Lernen, Lehren und Forschen grenzüberschreitend selbstverständlich sind und die institutionelle Zusammenarbeit auf eine neue Ebene gehoben wird.

Ein weiteres Beispiel der länderübergreifenden Zusammenarbeit von Hochschulen ist der trinationale Europamaster des 4er-Netzwerks zwischen Rheinland-Pfalz, Oppeln und Burgund-Franche-Comté, bei dem Studierende das erste Semester in Oppeln, das zweite in Mainz und das dritte in Dijon absolvieren – und so aktiv europäischen Austausch leben.

Besonders hervorzuheben ist auch die enge Kooperation zwischen Rheinland-Pfalz und Schottland im Hochschulbereich. An der Johannes Gutenberg-Universität Mainz gibt es seit einigen Jahren den Scotland Hub, der als zentraler Ansprechpartner für schottische Kultur in Deutschland gilt und durch die Landesregierung umfassend unterstützt wird.

Für ein wettbewerbsfähiges und innovatives Europa setzt die rheinland-pfälzische Landesregierung auch auf Begegnung und Austausch zwischen Studierenden, Forschenden und Hochschulmitarbeitenden.



Der ESF+ unterstützt Beschäftigte in Rheinland-Pfalz bei der Anpassung an die Transformation.

- » Die Landesregierung begrüßt, dass die erfolgreiche Ful-Förderung von „Horizont Europa“ nach 2027 in einem eigenständigen, angemessen finanzierten Rahmenprogramm fortgesetzt werden soll. Zusätzlich spricht sie sich für Vereinfachungen im Programmablauf sowie eine Stärkung des Europäischen Forschungsrates (ERC) aus.
- » Ein wesentlicher Mehrwert der europäischen Forschungsförderung liegt in der grenzüberschreitenden Vernetzung. Deshalb sollten Verbundprojekte auch künftig eine zentrale Rolle spielen – sowohl in der Grundlagen- als auch in der angewandten Forschung.
- » Europäische Hochschulallianzen sind Wegbereiter für einen Europäischen Bildungsraum. Die Landesregierung fordert von der Europäischen Kommission eine langfristige finanzielle Perspektive, um die erfolgreiche Zusammenarbeit der beteiligten Hochschulen konsequent und nachhaltig fortzuführen.
- » Hochschulen haben durch ihre Brückenfunktion zwischen Studium, Lehre, Forschung und Praxis eine zentrale Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die Landesregierung fordert, Synergien zwischen dem Europäischen Forschungsraum und dem Bildungsraum weiter zu stärken.

EU-Haushalt und Kohäsionspolitik nach 2028 mitgestalten

Bei der Aufstellung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2028–2034 steht die EU vor großen Herausforderungen. Einerseits entstehen durch geopolitische Entwicklungen neue Bedarfe für den Schutz der Außengrenzen und für Verteidigung. Andererseits muss der neue MFR Zinsen und Tilgungen für das kreditfinanzierte COVID-19-Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ bereitstellen. Dafür sind jährlich 20 bis 35 Milliarden Euro notwendig – rund ein Fünftel des aktuellen EU-Haushalts.

Das derzeitige Haushaltsvolumen von etwa einem Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU wird deshalb nicht ausreichen. Die Europäische Kommission schlägt strukturelle Änderungen vor und fordert zusätzliche Beiträge der Mitgliedstaaten. Die Landesregierung unterstützt das Ziel, die EU finanziell verlässlich aufzustellen. Zugleich warnt sie davor, die nationalen Haushalte übermäßig zu belasten: Höhere Abführungen und neue EU-Eigenmittel würden bedeuten, dass Mitgliedstaaten an anderer Stelle auf Einnahmen verzichten müssten.

- » Für die Landesregierung ist es zentral, die Einnahmebasis der Länder zu sichern.
- » Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene EU-Unternehmensabgabe lehnt die Landesregierung ab.

Für ein starkes Europa vor Ort müssen die Länder in der EU-Kohäsionspolitik weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Mit den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) unterstützt die EU die Wettbewerbsfähigkeit und den Zusammenhalt europäischer Regionen, indem sie wirtschaftliche, soziale und räumliche Unterschiede verringert. Ziel ist es, Wachstum, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität in der EU zu fördern.

Die Fonds-Mittel werden in der Förderperiode 2021–2027 über national kofinanzierte mehrjährige Programme bereitgestellt, die von der Europäischen Kommission genehmigt und von den Bundesländern in sogenannter „geteilter Mittelverwaltung“ umgesetzt werden.

In Rheinland-Pfalz gibt es drei ESI-Fonds:

- a. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE):** Förderung einer ausgewogenen Entwicklung in den Regionen der EU, einschließlich grenzüberschreitender, transnationaler und interregionaler Zusammenarbeit
- b. Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+):** Unterstützung sozialer und beschäftigungswirksamer Projekte
- c. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER):** Stärkung der ländlichen Regionen und nachhaltiger Agrarentwicklung

a) EFRE – Mehr Wettbewerb, Innovation, Energieeffizienz und Klimaschutz

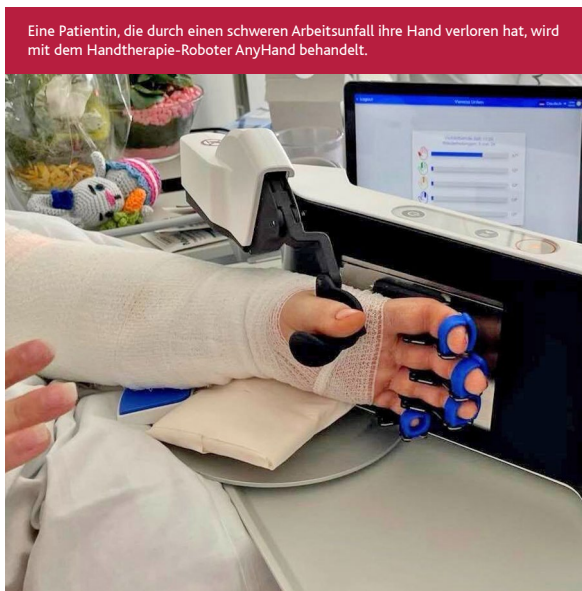
Rheinland-Pfalz erhält in der Förderperiode 2021–2027 rund 249 Millionen Euro aus dem EFRE-Programm „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“. Zusammen mit nationalen Beiträgen von Land, Bund und Projektträgerschaft werden so rund 869 Millionen Euro für Projekte in Rheinland-Pfalz mobilisiert. Zielgruppen der EFRE-Unterstützung sind Unternehmen, Existenzgründende, Start-ups, Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Organisationen und Kommunen. In folgenden Bereichen kann der EFRE in Rheinland-Pfalz fördern:

- Investitionen in fortschrittliche Technologien und Produktionsprozesse
- Ausbau von Forschung und Entwicklung in Wissenschaft und Wirtschaft
- Innovationen im Tourismus
- Intelligente Energiesysteme, Netzwerke und Speicher
- Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Reduzierung von CO₂-Emissionen

Ein Beispiel dafür, wie die EFRE-Förderung Innovationen „made in Rheinland-Pfalz“ maßgeblich unterstützt, ist das mehrfach ausgezeichnete Projekt AnyHand der Lime medical GmbH aus Mainz. Nach einer komplizierten Handverletzung oder bei neurologischen Beeinträchtigungen der Handfunktion ist es oft schwierig, einen

Bewegungstherapie-Platz zu finden, weil ausgebildete Handspezialistinnen und -spezialisten in Deutschland fehlen. Eine Lösung bietet hier der Handtherapie-Roboter AnyHand, der individualisierte Therapieprogramme durchführt und es der Therapeutin oder dem Therapeuten ermöglicht, sich auf Therapieelemente zu konzentrieren, für die es keine unterstützende Technologie gibt. Das Therapie-Ergebnis wird so insgesamt deutlich verbessert. Der Aufbau des Geschäftsmodells sowie die Entwicklung und Markteinführung von AnyHand wurden durch den EFRE und das Land Rheinland-Pfalz finanziell unterstützt. Über das Einzelbetriebliche Innovations- und Technologieförderungsprogramm Rheinland-Pfalz (InnoTop) wurden EU- und Landesmittel in Höhe von rund 477.000 Euro zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen Mittel aus Beteiligungen des Innovationsfonds Rheinland-Pfalz (ebenfalls über EFRE kofinanziert) sowie der S-Innovations-Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (S-IFG).

Mehr zum EFRE unter www.efre.rlp.de



b) ESF+ – Beschäftigung, Inklusion und lebenslanges Lernen fördern

Der ESF+ ist das wichtigste beschäftigungspolitische Instrument der EU und spielt eine zentrale Rolle für Arbeitsmarktpolitik und Transformation der Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz. Für das ESF+-Programm Rheinland-Pfalz stehen in der Förderperiode 2021–2027 insgesamt 120,5 Millionen Euro zur Verfügung. Bereits in den ersten drei Jahren wurden 575 Projekte umgesetzt, an denen mehr als 32.000 Menschen teilgenommen haben. In Rheinland-Pfalz konzentriert sich die ESF+-Förderung auf drei Ziele:

- Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung und den Beruf
- Lebenslanges Lernen und Anpassung an den Wandel der Arbeitswelt
- Förderung aktiver Inklusion durch bessere Beschäftigungschancen für Langzeitleistungsbeziehende

Aus Mitteln des ESF+ wird beispielsweise das Kompetenznetzwerk Grundbildung Rheinland-Pfalz (GrubiNetz) gefördert. Dieses vermittelt durch niedrigschwellige, offene Lernangebote in 15 sogenannten Lerncafés grundlegende Kompetenzen an Menschen mit geringen Lese- und Schreibkompetenzen. Da für die Lerncafés weder Anmeldung noch Kursgebühren anfallen und sie keinem vorgegebenen Lehrplan folgen, erreichen sie auch Personen, die das klassische Kursangebot zur Grundbildung zunächst nicht anspricht. In den Cafés werden sie zu individuellen Anliegen beraten, etwa beim Bewerbungsschreiben, Onlinerecherche, Onlinebanking oder beim Ausfüllen von Formularen. Viele Lerncafé-Teilnehmende wechseln später in reguläre Kurse.

Mehr zum ESF+ unter www.esf.rlp.de

c) ELER – Für eine starke Landwirtschaft und einen attraktiven ländlichen Raum

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ab 2023 fördert einen nachhaltigen, intelligenten, krisenfesten und diversifizierten Agrarsektor, gewährleistet Ernährungssicherheit und stärkt die Entwicklung ländlicher Räume. Rheinland-Pfalz erhält für die Jahre 2023–2027 rund 1,23 Milliarden Euro an EU-Mitteln, davon 337,48 Millionen Euro aus dem ELER. Mit nationaler Kofinanzierung von rund 298 Millionen Euro beträgt das Gesamtvolumen 1,53 Milliarden Euro.

In folgenden Bereichen kann der ELER fördern:

- Agrarumwelt-, Klima- und sonstige Umweltschutzmaßnahmen
- Verbesserung der Zukunftsfähigkeit, Regionalität und Rentabilität in Land- und Forstwirtschaft
- Entwicklung des ländlichen Raums
- Wissenstransfer und Innovation in Land-, Forstwirtschaft und ländlichen Gebieten

Ein Beispiel für die Stärkung des ländlichen Raums ist das ELER-geförderte LEADER-Vorhaben in Merzkirchen (Verbandsgemeinde Saarburg-Kell). Mobilität und Verkehr sind seit vielen Jahren zentrale Themen der Regionalentwicklung in den LEADER-Regionen Moselfranken und Miselerland (Luxemburg). Um den grenzüberschreitenden Pendlerverkehr zu verbessern, entsteht in Merzkirchen ein multimodaler Mobilitätshub, der verschiedene Verkehrsträger miteinander verbindet. Dank seiner Lage an zwei Landesstraßen kann der neue Hub Pendlerinnen und Pendler aus den umliegenden Orten und aus Saarburg in das Angebot einbeziehen. Neu geplante Radwege binden zusätzlich die umliegenden Ortsteile stärker an die bestehende Radinfrastruktur an. Die Gesamtförderung von rund 1,2 Millionen Euro stammt aus ELER-Mitteln und aus Fördermitteln des Landes Rheinland-Pfalz.

Mehr zum ELER unter www.gap-sp.rlp.de

Blick auf die zukünftige EU-Kohäsionspolitik

Für die Förderperiode 2028–2034 hat die Europäische Kommission umfangreiche Vorschläge zur Reform der Kohäsionspolitik vorgelegt. Ihr Ziel ist eine Vereinfachung der Fördermittelverwaltung. Künftig sollen alle genannten Fonds bundesweit über einen Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) umgesetzt werden, der aus sektoralen und regionalen Kapiteln besteht. Die Umsetzung der EU-Programme auf Länderebene würden dadurch ersetzt.

- » Die Landesregierung begrüßt das Ziel der Europäischen Kommission, mehr Flexibilität und einfachere Verfahren zu schaffen. Gleichzeitig betont sie die Notwendigkeit, die eigenständige Verantwortung der Länder bei Vorbereitung, Verhandlung und Umsetzung regionaler europäischer Förderung zu bewahren.
- » Eine zu starke Zentralisierung der EU-Kohäsionspolitik – etwa in Form eines einzigen Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplans unter Bundesverwaltung – würde nach Ansicht der Landesregierung zu mehr Bürokratie auf allen Ebenen und in allen Phasen der Mittelverwaltung führen.
- » Die Landesregierung weist nachdrücklich darauf hin, dass die Länder die regionalen Gegebenheiten und Bedarfe am besten kennen und daher entscheidende Akteure für die Umsetzung vor Ort bleiben müssen. Zusammenfassend setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die Länder in der neuen Organisationsstruktur eine rechtlich wie budgetär abgesicherte eigene Zuständigkeit erhalten.

2. Sicherheit, Resilienz und Solidarität

Im Katastrophenfall europäisch handeln

Bei Unwettern, Bränden oder im Katastrophenfall sind Solidarität zwischen Nachbarstaaten und europäische Zusammenarbeit entscheidend, um Betroffenen schnell und effektiv zu helfen und Folgen besser zu bewältigen.

Über das EU-Programm Interreg A beteiligt sich Rheinland-Pfalz an mehreren grenzüberschreitenden Projekten im Bevölkerungsschutz. Gemeinsam mit Luxemburg wird ein Hilfeleistungslöschboot beschafft, um Einsätze an Mosel und Saar im deutsch-luxemburgischen Grenzgebiet besser abzudecken. Im Projekt Interreg A-Projekt INTER' RED entstand mit EU-Mitteln eine grenzüberschreitende Leitstellenplattform, die eine digitale, teils KI-gestützte Einsatzbearbeitung in der Großregion ermöglicht. Daraus ging die Initiative zur Arbeitsgruppe „Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und Rettungsdienst“ hervor, die Netzwerke vertieft und den fachlichen Austausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren in diesem Bereich gezielt fördert.

Gelebte europäische Solidarität zeigt sich besonders im 4er-Netzwerk. Nach der Naturkatastrophe standen die Partnerregionen Rheinland-Pfalz eng zur Seite; umgekehrt unterstützte Rheinland-Pfalz die Woiwodschaft Oppeln beim Hochwasser im Herbst 2024. Beim Gipfeltreffen im Oktober 2025 in Rheinland-Pfalz unterzeichneten die vier Partnerregionen eine gemeinsame Erklärung, die Wissensaustausch und Zusammenarbeit im Katastrophenschutz weiter intensiviert.

Die Naturkatastrophe im Ahrtal 2021 war eine der schwersten in der Geschichte des Landes

Rheinland-Pfalz. Der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur kommt zügig voran. Aus dem von Bund und Ländern eingerichteten Sondervermögen „Aufbauhilfe 2021“ flossen bislang im gesamten Landesgebiet Mittel in Höhe von über 3 Milliarden Euro in den Wiederaufbau. Zusätzlich werden Projekte im Ahrtal mit EU-Mitteln gefördert.

- » Die Landesregierung setzt sich für die Verstärkung von EU-Förderprogrammen ein, die die länderübergreifende Zusammenarbeit im Brand- und Katastrophenschutz fördern.
- » Die grenzüberschreitende Vernetzung der Leitstellen soll weiter forciert werden, um schnelle und bruchfreie Kommunikation zu gewährleisten.
- » Austauschformate wie die Oberrheinkonferenz und der Gipfel Großregion müssen weiterhin gestärkt werden, um voneinander zu lernen – insbesondere bei Feuerwehr- und Katastrophenschutz Einsätzen.
- » Die Landesregierung befürwortet gemeinsame Beschaffungen von Spezialausrüstung und Ausstattung (z.B. Hilfeleistungslöschboot).
- » Die Landesregierung fordert einen kontinuierlichen fachlichen Austausch und aktive Gremienarbeit in Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und Rettungsdienst, um auch künftig Herausforderungen wirksam zu begegnen.
- » Das Land Rheinland-Pfalz und die Kommunen stehen gemeinsam für den nachhaltigen Wiederaufbau des Ahrtals. Die Landesregierung unterstützt die Verantwortlichen vor Ort, wird weiterhin eine zukunftsorientierte Entwicklung der betroffenen Regionen fördern und dabei auch auf europäische Unterstützung zurückgreifen.

Gemeinsam schneller helfen: Das 4er-Netzwerk bei der Unterzeichnung einer Katastrophenschutz-Erklärung.



Gelebte europäische Solidarität zeigt sich besonders im 4er-Netzwerk. Nach der Ahrflut standen die Partnerregionen Rheinland-Pfalz eng zur Seite.



Im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern Koblenzer Europaschulen werden gemeinsam Lösungen für europäische Herausforderung diskutiert.

Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die rheinland-pfälzische Gesundheitspolitik setzt sich dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger gut und schnell medizinisch versorgt, Gesundheitsförderung gestärkt und Gesundheitsrisiken minimiert werden.

Europäische Initiativen sind dafür zentral – das zeigt die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie. Um deren Folgen zu bewältigen, beschlossen die EU-Staaten den Aufbauplan „NextGenerationEU“. Mit einem Volumen von gut 800 Milliarden Euro handelt es sich dabei um eines der größten Konjunkturpakete, das je aus dem Haushalt der Europäischen Union finanziert wurde. Die EU-Mittel fließen als Darlehen und Zuschüsse in unterschiedliche Programme und Sektoren. Das zweitgrößte Förderinstrument dieses umfassenden Pakets ist das Programm REACT-EU zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Pandemiefolgen. Auch Projekte in Rheinland-Pfalz profitierten davon.

Ein Beispiel ist die Gutenberg COVID-19 Studie der Universitätsmedizin Mainz mit über 10.000 Teilnehmenden im Raum Mainz-Bingen, die durch den EFRE im Rahmen von REACT-EU gefördert wurde. Die gewonnenen Daten verbesserten das Verständnis von Virusverbreitung, Risikofaktoren und Folgen einer Corona-Infektion. Die erste Studienphase untersuchte die direkten medizinischen Auswirkungen sowie die Folgen für das Alltagsleben der Menschen. Die zweite Studienphase führte klinisch-molekulare Untersuchungen durch, um neue Ansätze für Diagnostik, Prävention und Therapie zu identifizieren. Die Erkenntnisse helfen bis heute, die Pandemiefolgen in Rheinland-Pfalz besser zu verstehen und zu bewältigen.

Integration fördern und Zuwanderung steuern

Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes Land, das verfolgten oder vor Krieg fliehenden Menschen einen sicheren Zufluchtsort und Perspektiven bieten möchte. Die Landesregierung ist überzeugt, dass



Migration unser Zusammenleben, unseren Alltag, unsere Gesellschaft sowie unsere Wirtschaft in Europa und in Rheinland-Pfalz bereichert – insbesondere dann, wenn Migrantinnen und Migranten ihr Wissen und ihre Fähigkeiten einbringen, ihre kulturellen Hintergründe teilen, sich aktiv am Integrationsprozess beteiligen und die geltenden Gesetze und Regeln achten.

Damit Integration gelingt, müssen alle Ebenen eng zusammenarbeiten. Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz haben dafür eine gemeinsame Kooperationsstrategie entwickelt. Ein Schwerpunkt ist der Aufbau eines kommunalen Integrationsmanagements, das Planung, Koordination und Weiterentwicklung von Integrationsangeboten und der Integrationsinfrastruktur in allen 36 Städten und Landkreisen gezielt unterstützt.

Das Land fördert nicht nur Integration, sondern unterstützt auch Maßnahmen zur gesteuerten Rückkehr in die Herkunftsländer. Mit EU-Mitteln wird insbesondere die freiwillige Rückkehr gestärkt. Zentral ist dafür eine qualitativ hochwertige Rückkehrberatung, die ausreisepflichtige

Menschen individuell, unabhängig und ergebnisoffen über eine freiwillige, geförderte Ausreise informiert – um Rückführungen im Interesse aller Beteiligten möglichst zu vermeiden. Seit April 2023 läuft in Rheinland-Pfalz das Projekt „Netzwerk der Rückkehr- und Reintegrationsberatung Rheinland-Pfalz“ der Internationalen Organisation für Migration (IOM), gefördert aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU (AMIF) und kofinanziert durch das rheinland-pfälzische Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration. Das Projekt läuft bis Ende März 2026 und weitet das Beratungsangebot massiv auf ganz Rheinland-Pfalz aus.

» Die rheinland-pfälzische Landesregierung fordert die Europäische Kommission auf, auch in künftigen Förderperioden eine der Bedeutung dieses Handlungsfeldes angemessene Finanzierung solcher Projekte aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zu sichern, um die systematische Stärkung und den Ausbau der freiwilligen Rückkehr zu ermöglichen.

Digitale Souveränität und Jugendschutz im Netz stärken

Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie Verwaltungen in der Europäischen Union sind stark von digitalen Angeboten außereuropäischer Anbieterinnen und Anbieter abhängig. Störungen in den Leistungsbeziehungen – z.B. durch gekappte Zugänge zu Clouddiensten oder fehlende Sicherheitsupdates – können Verwaltungs- und Wirtschaftsfähigkeit erheblich beeinträchtigen. Diesem bedeutsamen Risiko sollte der europäische Gesetzgeber mit Maßnahmen zur Stärkung der europäischen digitalen Souveränität begegnen – unter Wahrung der Meinungsfreiheit. Die Europäische Kommission will in diesem Kontext einerseits die Teilhabemöglichkeiten stärken und andererseits gegen Missbrauch und äußere Angriffe vorgehen. Ein zentrales Instrument ist dabei der seit Februar 2024 geltende Digital Services Act (DSA). Er ermöglicht schnelleres und wirksames Vorgehen gegen illegale Inhalte im Netz, insbesondere in den sozialen Medien (z.B. Hassrede oder manipulative „Dark Patterns“ im Onlinehandel, mit denen zum Kauf animiert werden soll).

Digitale Dienste und insbesondere soziale Medien sind für viele junge Menschen in Europa fester Bestandteil ihrer Lebenswelt. Neben Chancen für Teilhabe, Kommunikation und Bildung bergen sie Risiken wie Cybergrooming, Falschmeldungen („fake news“) und Hassnachrichten. Die Landesregierung unterstützt das Ziel der Europäischen Kommission, Kinder und Jugendliche besser zu schützen, und begrüßt, dass der DSA hierfür konkrete Vorgaben enthält. Sie setzt sich ebenfalls dafür ein, dass nationale und europäische Regelungen kohärent ineinandergreifen und ein ganzheitliches System zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

in der digitalen Welt entsteht. In diesem Sinne hat Rheinland-Pfalz als Vorsitzland der Rundfunkkommission der Länder gemeinsam mit den anderen Ländern den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) novelliert. Damit wird es insbesondere Eltern erleichtert, die von ihren Kindern genutzten Endgeräte altersgerecht einzustellen. Ein weiterer Schlüssel zum Schutz von Kindern und Jugendlichen ist die Vermittlung von Medienkompetenz in allen Altersgruppen. Die Landesregierung hat bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, darunter das Programm „Solidarität gegen Hass und Gewalt im Netz“ im Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein zentraler Bestandteil des Programms, das digitale Zivilcourage stärkt, ist die Kampagne #ScrollNichtWeg (#SNW). Auf ScrollNichtWeg.de, TikTok und Instagram informiert sie über Formen digitaler Gewalt, betroffene Gruppen, rechtliche Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten.

In den Jahren 2023-2025 wurden die über 400 Beiträge von #ScrollNichtWeg mehr als 5,3 Millionen Mal angesehen und erreichten rund 2,1 Millionen Menschen.

Ergänzend bietet SoliNet, die Beratungsstelle für Betroffene digitaler Gewalt bei der Medienanstalt Rheinland-Pfalz psychosoziale Beratung, eine juristische Ersteinschätzung und technischen Empfehlungen für Betroffene digitaler Gewalt.

Um Maßnahmen zur Medienkompetenz noch besser zu verzahnen und weiterzuentwickeln, arbeitet die Landesregierung derzeit gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern eine Strategie für Medienkompetenz.

Gemeinsam verbessern wir die Kultur im Netz und schaffen ein Internet, in dem sich alle frei und ohne Angst vor Gewalt bewegen können.

- » Aus Sicht der Landesregierung müssen europäische Cloud- und Dateninfrastrukturen stärker gefördert werden, um wettbewerbsfähige Alternativen zu außereuropäischen Cloud-Diensten zu schaffen. Ergänzend sind Innovationen in Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing und Cybersicherheit nötig. Die Europäische Kommission muss entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und passende Förderprogramme auflegen.
- » Kinder und Jugendliche sind im Netz besonders gefährdet und brauchen altersgerechte, sichere Online-Umgebungen, die ihre Grundrechte wahren. Die Landesregierung appelliert an die Europäische Kommission, gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten einen ganzheitlichen, kohärenten Ansatz für die Online-Sicherheit von Kindern und Jugendlichen voranzutreiben.
- » Digitale Ungleichheiten treffen benachteiligte Gruppen (z.B. Kinder aus weniger privilegierten Familien) besonders stark. Die Landesregierung fordert die Kommission daher auf, ungleiche Zugangschancen zur digitalen Welt mit einem umfassenden Ansatz zu bekämpfen.



3. Landwirtschaft, Entwicklung ländlicher Räume und Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

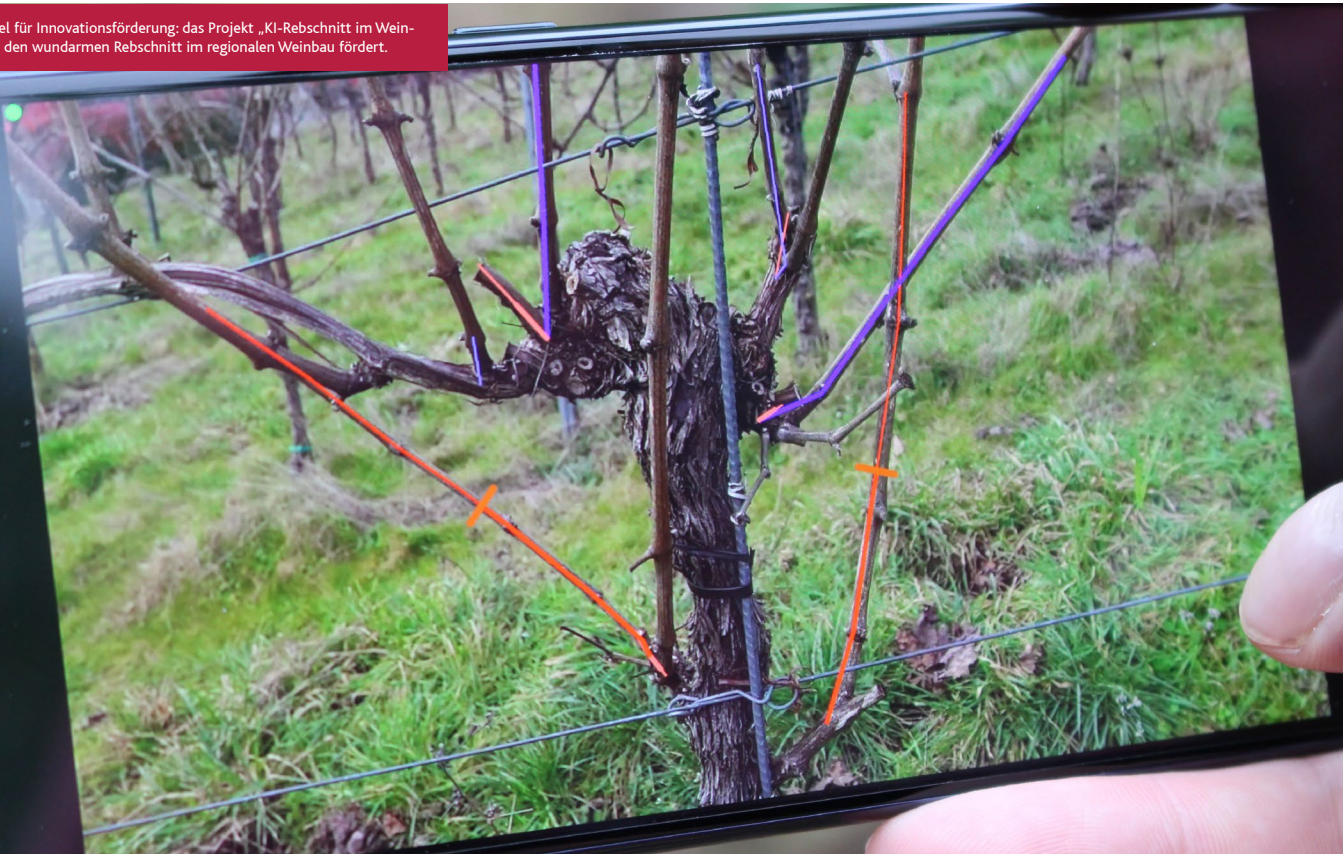
Landwirtschaft und ländliche Räume stärken

Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch Vielfalt und hohe Innovationskraft aus. Familiengeführte Betriebe und kleinräumige Strukturen prägen das Bild und schaffen eine abwechslungsreiche Kulturlandschaft. Der ländliche Raum befindet sich durch demografische Veränderungen, Strukturwandel und Klimawandel im Umbruch – und bietet zugleich großes Potenzial für Wertschöpfung, Klimaschutz und digitale Innovationen.

Gemeinsam mit dem Agrarsektor und der Bevölkerung verfolgt die Landesregierung das Ziel, Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Räume in ihrer Entwicklung zu unterstützen, Potenziale zu nutzen und strukturelle Nachteile auszugleichen. Mit verschiedenen Programmen werden Ernährungssicherheit gestärkt, Umwelt- und Klimaschutz vorangebracht und das Leben in ländlichen Regionen attraktiver gestaltet.

Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) bildet in Rheinland-Pfalz die Grundlage, um eine nachhaltige zukunfts- und wettbewerbsfähige Landwirtschaft sowie lebendige ländliche Räume zu fördern. Der Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland umfasst die 1. Säule (Direktzahlungen und Öko-Regelungen) – inklusive spezifischer Maßnahmen für Wein, Obst und Gemüse – sowie die 2. Säule der GAP. Zwischen 2023 und 2027 stehen rund 1,53 Milliarden Euro für Rheinland-Pfalz zur Verfügung, davon 298 Millionen Euro aus nationalen Mitteln. Damit werden u.a. Agrarumwelt-, Tier- und Klimaschutzmaßnahmen sowie Innovation und Nachhaltigkeit im ländlichen Raum gefördert. Für bundesweite Maßnahmen wie die Öko-Regelungen steht der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) bereit. Wichtigster Fördertopf für Rheinland-Pfalz ist der ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums).

Ein Beispiel für Innovationsförderung: das Projekt „KI-Rebschnitt im Weinberg“, das den wundarmen Rebschnitt im regionalen Weinbau fördert.





In der Wasgauer Ölmühle werden Nebenprodukte der Ölherstellung für die Herstellung innovativer Produkte wie Nudeln oder Salz genutzt – ein Beispiel für regionale Kreislaufwirtschaft.



Walnussöl – lecker, lokal und in Bio-Qualität.

Im Rahmen des ELER werden mit dem LEADER-Ansatz rheinland-pfälzische Regionen mit integrierten Entwicklungsstrategien gefördert. In der Lokalen Aktionsgruppe Pfälzerwald plus setzen die jeweiligen Vorhabenträgerinnen und -träger zwei eng verzahnte Vorhaben um: die „Gläserne Manufaktur“ der Wasgau Ölmühle mit integriertem Regionalladen „Hollerbusch“ sowie „Pfalz-Walnuss“. Beide Unternehmen unter einem Dach und die Ölmühle als Gläserne Manufaktur verleihen dem Vorhaben regional und über-regional Pilotcharakter – Arbeitsplätze wurden geschaffen und regionale Wertschöpfungsketten ausgebaut. Rund 112.000 Euro flossen aus dem

ELER in die Projekte; zusammen mit Bundes- und Landesmitteln lag die Zuwendung bei rund 154.000 Euro.

Ein Beispiel für Innovationsförderung in Rheinland-Pfalz ist das Projekt „KI-Rebschnitt im Weinberg“ im Rahmen der Europäischen Innovations-Partnerschaften für Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit (EIP-Agri). Dieses fördert den wundarmen Rebschnitt im regionalen Weinbau und erschließt ein neues, hochinnovatives Anwendungsfeld für KI mit lebender Materie an einer Forschungseinrichtung in Rheinland-Pfalz.

Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) bildet in Rheinland-Pfalz die Grundlage, um eine nachhaltige zukunfts- und wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu fördern.



Unsere Kulturlandschaften zwischen Weinbergen und Flüssen bieten vielen Tier- und Pflanzengemeinschaften wertvolle Lebensräume.

- » Die Landesregierung setzt sich für eine einfache und effiziente Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) durch die Mitgliedstaaten – auch im föderalen System – ein. Eine einfachere GAP sollte sich auf wenige, effiziente Maßnahmen konzentrieren. Auch das System zur Berichterstattung an die Kommission ist deutlich zu vereinfachen.
- » Finanzmittel für Umweltleistungen sollten im ELER gebündelt werden, um regional angepasste Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen umzusetzen – für mehr Wirksamkeit und weniger Komplexität der GAP.

- » EGFL und ELER sollten als eigenständige Fonds mit eigenem Budget erhalten bleiben. Die Landesregierung gibt zu bedenken, dass eine Fusion in einen einzigen EU-Fonds mit nationalen Umsetzungsplänen zu einer uneinheitlichen GAP-Umsetzung und damit zu unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen innerhalb Europas führen kann.
- » Grundsätzlich begrüßt die Landesregierung Veränderungen in der Förderstruktur und den Förderinstrumenten, wenn diese zielgerichtet und nachhaltig die Regionalentwicklung stärken, den ländlichen Raum inklusive regionaler Landwirtschaft fördern sowie Bürokratie abbauen.

Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarn vertiefen

Aufgrund seiner geografischen Lage pflegt Rheinland-Pfalz enge Beziehungen zu seinen Nachbarländern und nimmt eine führende Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in europäischen Kooperationsräumen ein. Politisch verankert ist diese Zusammenarbeit in den Ausschüssen und Gremien der Großregion und der Oberrheinkonferenz sowie im Ausschuss der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Aachener Vertrags (AGZ).

Als Mitglied der Großregion, die Teile Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens umfasst, pflegt das Land eine enge Zusammenarbeit auf Basis gemeinsamer Arbeitsmärkte, Verkehrsnetze sowie kultureller, wirtschaftlicher und politischer Verbindungen. Ziel ist es, Infrastruktur, Bildung und Innovationsförderung in der Großregion besser aufeinander abzustimmen und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erhöhen. Für eine effiziente Verkehrs- und Mobilitätsplanung in der Großregion soll beispielsweise ab 2025 ein gemeinsames, durch die EU gefördertes Verkehrsmodell für den Alltags- und Personenverkehr aufgebaut werden,

Einmal im Jahr treffen sich die Exekutiven der Großregion, um sich über die Zusammenarbeit und Vorhaben auszutauschen.





Zwei Jahre lang stand Rheinland-Pfalz an der Spitze der Großregion
– gekrönt von einem Abschlussgipfel in der Staatskanzlei im Dezember 2024.

das die Verkehrsnetze und die Verkehrsnachfrage virtuell abbildet und die Methoden zur Erfassung von Verkehrsdaten harmonisiert. Ein weiteres anschauliches Beispiel in der Großregion ist die Via Mosel, die Winzerbetriebe und Weinorte aus Luxemburg, dem Saarland, Lothringen und Rheinland-Pfalz über Grenzen hinweg verbindet, um den Weintourismus entlang des Moseltals zu stärken.

Als Mitglied der Oberrheinkonferenz, die regionale Regierungs- und Verwaltungsbehörden aus der Südpfalz, Baden-Württemberg, dem Elsass und der Nordwestschweiz miteinander verbindet, unterstützt Rheinland-Pfalz das gemeinsame Ziel, die Zukunftsfähigkeit der Region zu stärken. Ein

Beispiel hierfür ist das Projekt INFOBEST 4.0., das die Modernisierung und Digitalisierung der vier Informations- und Beratungszentren für Grenz-gängerinnen und Grenz-gänger verfolgt. Weitere Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen auf den Bereichen Energie, Klimaschutz, Forschung und Kultur. Ein herausragendes Beispiel aus dem Kulturbereich ist das Interreg A-Projekt „Burgen am Oberrhein“. Mit rund 2,9 Millionen Euro EU-Mitteln bei einem Gesamtbudget von 5 Millionen Euro sollen bis 2025 über 300 Burgen und Schlösser in Deutschland, Frankreich und der Schweiz erlebbar gemacht und kulturell aufgewertet werden (u.a. durch 3D-Modellierungen, grenzüberschreitende Festivals oder Apps für Kinder).



- » Die Landesregierung setzt sich für die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit ein, um strategische Entscheidungen noch enger mit den Partnern zu koordinieren und gemeinsame Projekte in den Grenzregionen effizient umzusetzen.
- » Besonders begrüßt die Landesregierung den Ausbau grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte, weil der Abbau von Grenzhemmnissen den Alltag von Grenzpendlerinnen und Grenzpendlern konkret verbessern kann und damit Wirtschaftspotenziale steigert. Rheinland-Pfalz setzt sich in diesem Kontext auch für eine Stärkung des Programms Interreg ein, damit Mobilitätsprojekte wie MMUST+ auch zukünftig mit europäischen Mitteln gefördert werden können.

- » Die Landesregierung engagiert sich für Zukunftsthemen wie Bildung, Forschung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung ein, um nachhaltige, innovative und demokratische Entwicklungen in den Kooperationsräumen voranzutreiben und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen des Landes zu erhöhen.
- » Rheinland-Pfalz setzt sich für die sukzessive Angleichung der verschiedenen nationalen Sozialversicherungssysteme sowie den Erlass einer einheitlichen, für Bürgerinnen und Bürger verständlichen und unbürokratischen Rechtsgrundlage zur grenzüberschreitenden Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen ein.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Regionalentwicklung fördern

Rheinland-Pfalz nutzt die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (Interreg) als zentrales Instrument der Regionalentwicklung und der EU-Kohäsionspolitik. Neben grenzüberschreitenden Programmen (Interreg A) beteiligt sich das Land am transnationalen Programm Interreg Nordwesteuropa (NWE, Interreg B) und am interregionalen Programm Interreg Europe (Interreg C). Diese Programme ermöglichen rheinland-pfälzischen Akteurinnen und Akteuren gemeinsame Projekte mit europäischen Partnerinnen und Partnern zu Zukunftsthemen wie Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Mobilität, sozialer Teilhabe oder Bürgernähe umzusetzen.

a) Interreg A – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mit Interreg A stärkt die Europäische Union die Kooperation benachbarter Regionen und Länder, um deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unterstützen und Grenzhindernisse abzubauen. Rheinland-Pfalz arbeitet mit Partnerinnen und Partnern in den Interreg A-Programmen Großregion, Oberrhein und Maas-Rhein zusammen und fördert zahlreiche grenzüberschreitende Projekte. Kleinprojekte (z.B. Workshops, Begegnungen, Festivals oder Medienangebote) ermöglichen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure einen niederschweligen Zugang zu Fördermitteln.

Im Rahmen von Interreg A unterstützt die Landesregierung im Bildungsbereich die Projekte Tres'OR und Regio Lab (Oberrhein) sowie das Projekt Engagement'GR (Großregion). Tres'OR unterstützt Lehrkräfte, Schülerinnen und Schülern demokratische Werte sowie ein Bewusstsein für das Zusammenleben in der Oberrheinregion zu vermitteln. Regio Lab fördert die grenzüberschreitende Mobilität in der beruflichen (Aus-)Bildung sowie die Berufsorientierung junger Menschen. Engagement'GR wiederum stärkt Kinder und Jugendliche in der Großregion, um sie besser auf gesellschaftliche Krisen vorzubereiten.

Das ebenfalls von der Landesregierung unterstützte Projekt GREATER GREEN+ fördert die Großregion als Modellraum für ökologischen Wandel, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Entwicklung. Aufbauend auf dem erfolgreichen Vorgängerprojekt wird ein dauerhaftes Ökosystem zur Entwicklung und Verbreitung von Umwelttechnologien geschaffen. 29 Partnerinstitutionen aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Luxemburg, der Wallonie und der Région Grand Est arbeiten zusammen, um Öko-Innovationen, Ressourcenschonung und grünes Wachstum voranzutreiben.

Ein neuer Ansatz in der Förderperiode 2021–2027 sind die funktionalen Räume im Programm Interreg Großregion: Dabei können eigene grenzüberschreitende Projekte ausgewählt, begleitet und thematisch an lokale Bedürfnisse angepasst werden (z.B. wirtschaftliche Entwicklung, Bildung, Umwelt, Mobilität, Gesundheit). Rheinland-Pfalz ist an drei funktionalen Räumen beteiligt:

- Trinationale Region Eifel-Ostbelgien-Éislek (EOE): <https://www.fr-ee.eu/>
- Möllerdall-Our-Südeifel (MOSE): <https://mose-fr.eu/>
- und Entwicklungskonzept Oberes Moseltal (EOM): <https://eom-dl.eu/>

Einrichtungen aus diesen Gebieten können sich im Rahmen von Projektaufrufen direkt beim jeweiligen funktionalen Raum um Fördermittel für grenzüberschreitende Projekte bewerben. So hat beispielsweise das EOM (gemeinsam getragen vom Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz und den für Raumentwicklung zuständigen Ministerien Luxemburgs und des Saarlands) ein eigenes EFRE-Budget in Höhe von 6,8 Millionen Euro. Gefördert werden dort u.a. Mobilitätsprojekte wie TicketDeLux, On-Demand-Verkehr VRT/LUX oder Aquapilot. Funktionale Räume setzen Wachstumsimpulse über Grenzen hinweg, von denen Menschen in Rheinland-Pfalz konkret profitieren.

Mehr zu den Interreg-Programmen Großregion, Maas-Rhein und Oberrhein unter: <https://mwvlw.rlp.de/themen/finanzierung-und-foerderung/interreg-eu>

b) Interreg NWE – Transnationale Zusammenarbeit

Das Programmgebiet von Interreg NWE umfasst die nördlichen Regionen Frankreichs, Luxemburg, Belgien, die Niederlande, Irland, Schweiz und auf deutscher Seite die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Hessen, Baden-Württemberg sowie einzelne Regionen in Bayern und Niedersachsen. In der Förderperiode 2021–2027 stehen dem Programm EFRE-Mittel in Höhe von 310 Millionen Euro zur Verfügung, mit denen Projekte zu den Themen Klima und Umwelt, Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Innovation und Resilienz sowie inklusive Gesellschaft umgesetzt werden können.

Beispiele für Projekte mit rheinland-pfälzischer Beteiligung sind Re-Greenhouse (Transformation von fossilen Brennstoffen zu erneuerbarer Energien in Gewächshäusern), CUF training (Stärkung der Akteurinnen und Akteure für Stadtentwicklung hinsichtlich Kenntnisse und Fähigkeiten zur „circular urban agriculture“), BIOBOOST-PRO (Bioponik als „circular farming“-Methode), ClimaASed (klimaresiliente Lösungen für Fluss-Sedimente) und Circular Building Convert (nachhaltiger und sozialer Wohnungsbau durch die Umgestaltung von Bürogebäuden zu Wohnhäusern).

Mehr zu Interreg NWE unter: <https://sgdsued.rlp.de/themen/europa-und-internationale-beziehungen/interreg-b-nordwesteuropa>

c) Interreg Europe – Interregionale Zusammenarbeit

Das Programm Interreg Europe umfasst sämtliche Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie die Drittstaaten Schweiz, Norwegen und ausgewählte Beitrittskandidaten wie die Ukraine. Es fördert den interregionalen Erfahrungsaustausch, den Austausch von innovativen Ansätzen und den Kapazitätsaufbau in der regionalen Entwicklungspolitik und richtet sich damit vor allem an öffentliche Behörden, Einrichtungen der regionalen Entwicklung und (politische) Entscheidungsträgerinnen und -träger. In der Förderperiode 2021–2027 stehen dem Programm 394 Millionen Euro zur Verfügung.

- » Die Landesregierung fordert von der Europäischen Kommission, dass die Interreg-Programme in der kommenden Förderperiode 2028–2034 weiter gestärkt werden und die Mittelausstattung mindestens auf dem bisherigen Niveau zuzüglich Inflationsausgleich gesichert wird.
- » Aufgrund des Erfolges bei der Etablierung von funktionalen Räumen setzt sich die Landesregierung für die weitere Förderung solcher Instrumente über Interreg ein.



4. Klimaschutz, Umwelt, Ernährung und Nachhaltigkeit

Ambitionierte Klimaziele erreichen

Im Juli 2025 hat Rheinland-Pfalz ein neues Klimaschutzgesetz beschlossen. Das Land verpflichtet sich damit zum Pariser Klimaabkommen und bekräftigt erneut, bis 2040 klimaneutral zu werden und so zum europäischen Ziel der Klimaneutralität bis 2050 beizutragen. Daher sollen in Rheinland-Pfalz vorrangig europäische Leuchtturmprojekte gefördert werden, die einen hohen Beitrag zu den Klimaschutzzielen des Landes leisten und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erreichen.

Der Schwerpunkt von Rheinland-Pfalz in der Förderperiode 2021–2027 im EFRE-Programm liegt im Bereich Klimaschutz auf der umfassenden energetischen Sanierung von kommunalen Bestandsgebäuden. So wird die Wärmewende vorangetrieben – das schützt das Klima und bietet ein hohes Einsparpotenzial für Bürgerinnen und Bürger sowie die geförderten Kommunen. Gefördert werden zum Beispiel die Dämmung von Außenwänden, Dächern sowie die Erneuerung von Fenstern und Türen. Um die Schlagkraft der EFRE-Förderung weiter zu erhöhen, stellt das Land zusätzliche Mittel zur Kofinanzierung bereit, sodass Kommunen lediglich zehn Prozent der Kosten tragen müssen. Hauptsächlich gefördert werden Schulen, (Sport-)Hallen und Kitas, die tagtäglich von einer großen Zahl an Bürgerinnen und Bürgern besucht werden.

Der Klimawandel macht die Nutzung kommunaler Gebäude bereits heute schwieriger, beispielsweise durch lange Hitzeperioden. Daher unterstützt die EFRE-Förderung gezielt Maßnahmen, die Gebäude und Objektstandorte besser gegen Hitze, Brand oder Hochwasser schützen. Widerstandsfähige Gebäude steigern die Aufenthaltsqualität für Bürgerinnen und Bürger und sichern eine langjährige Weiternutzung kommunaler Gebäude.

- » Die Landesregierung begrüßt die vielfältigen Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Erreichung der europäischen Klimaziele und die Bereitstellung europäischer Mittel hierfür. Für die Transformation der Gesellschaft und der Wirtschaft ist es wichtig, im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen die Rahmenbedingungen für die Erreichung der Klimaziele durch ausreichende Mittelzuweisung in diesem Bereich weiter zu verbessern.
- » Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind zentrale Faktoren, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfest machen. Die Landesregierung hebt hervor, dass im härter werdenden globalen Wettbewerb Klimaschutz weiterhin ein zentraler Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz unserer Wirtschaft ist und fordert die EU auf, den eingeschlagenen Kurs der Klimaneutralität konsequent weiter zu verfolgen.

Mit EFRE-Mitteln und kofinanziert durch das Land Rheinland-Pfalz werden schwerpunktmäßig kommunale Gebäude wie Schulen und Sporthallen energetisch saniert.



Natur und Artenvielfalt schützen

Die Natur ist unsere Lebensgrundlage. Sauberes Wasser, saubere Luft sowie intakte Ökosysteme sichern die biologische Vielfalt. Die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 sieht u.a. vor, mindestens 30 Prozent der Landfläche zu schützen und bedrohte Lebensräume und Arten zu fördern. Die Landesregierung leistet vielfache Beiträge zum Natur- und Artenschutz mithilfe zahlreicher Programme, etwa der „Aktion Grün“, die durch Maßnahmen im ganzen Land zum Erhalt einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt beiträgt.

Auch grenzüberschreitende Projekte sind beispielgebend, so die „Gärten für die Artenvielfalt“ aus dem grenzüberschreitenden Interreg A-Programm Oberrhein. Das Projekt soll Menschen dafür begeistern, Gärten, Balkone und Grünflächen zukunftsorientiert zu gestalten. Das deutsch-französische Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen fördert hier mit Workshops, Gartenerkundungen sowie Vorträgen den gemeinsamen Austausch.

Über EU- und Landesmittel aus dem ELER-geförderten Entwicklungsprogramm EULLE wird der Artenschutz von Schmetterlingen in Rheinland-Pfalz gefördert. Seit März 2020 koordiniert die Stiftung Natur und Umwelt (SNU) Rheinland-Pfalz das Artenschutzprojekt „Wiesenknopf-Ameisenbläuling“. Gemeinsam mit regionalen Akteurinnen sowie Akteuren und der Landwirtschaft sollen bestehende Vorkommen der Tagfalter gestärkt sowie neue Lebensräume geschaffen werden, um so den Arterhalt langfristig zu gewährleisten. Die Falter zu schützen, bedeutet auch die gesamte Lebensgemeinschaft und viele Wildtier- und Pflanzenarten zu schützen, die gemeinsam mit den Bläulingen den Lebensraum teilen.

» Zur Realisierbarkeit von grenzüberschreitenden und nationalen Projekten zugunsten der biologischen Vielfalt ist die ausreichende Ausstattung und Fortführung europäischer Förderprogramme zur Finanzierung bzw. Kofinanzierung unerlässlich. Die Landesregierung fordert die Europäische Kommission auf, die entsprechenden Förderprogramme in der nächsten Förderperiode beizubehalten und gleichzeitig bürokratische Hürden bei der Antragsstellung sowie den Dokumentationspflichten zu reduzieren.



Mit EU- und Landesmitteln wird der Bestand des hellen Wiesenknopf-Ameisenbläulings geschützt.

Gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährung unterstützen

Nicht alle europäischen Bürgerinnen und Bürger ernähren sich gesund. Deshalb ist es wichtig, den Zugang zu einem gesundheitsförderlichen Essen für alle zu erleichtern und Kinder frühzeitig an eine ausgewogene und nachhaltige Ernährung heranzuführen. Eine angemessene Ernährungskompetenz vermittelt Wissen über die Wertschöpfungskette für Lebensmittel – vom Acker bis zum Teller, von der Produktion bis zum Konsum – und befähigt dazu, bewusste Entscheidungen zu treffen und die verfügbaren Lebensmittel sinnvoll zu nutzen.

Das EU-Schulprogramm fördert europaweit Bildungseinrichtungen, indem es Kindern Obst, Gemüse und Milch(-produkte) zur Verfügung stellt und sie gleichzeitig im Rahmen der Ernährungsbildung unterstützt. Rheinland-Pfalz beteiligt sich seit dessen Einführung am EU-Schulprogramm bzw. an dessen Vorläuferprogrammen. Inzwischen profitieren über 3.000 Bildungseinrichtungen mit mehr als 300.000 Kindern von Schulobst und -gemüse. Das EU-Schulprogramm ist eine wichtige Unterstützung im Bereich der Ernährungsbildung und Gesundheitsförderung an Kindertageseinrichtungen und Schulen. Es fördert eine gesunde, nachhaltige Lebensweise und stärkt die europäische Zusammenarbeit.

Die finanzielle Unterstützung der EU ermöglicht die Umsetzung des Programms. In den vergange-

nen Kita- und Schuljahren konnte die Belieferung aller am Programm interessierten und teilnehmenden Grund- und Förderschulen sowie Kindertageseinrichtungen mit dem Gesamtbudget aus Landes- und EU-Mitteln in Rheinland-Pfalz stets sichergestellt werden.

» Der Mehrjährige Finanzrahmen 2028–2034 sieht weiterhin eine finanzielle Unterstützung des EU-Schulprogramms vor. Da die aktuellen EU-Fördermittel von rund 1,6 Millionen Euro für Rheinland-Pfalz nicht ausreichen und das Land sich bereits mit bis zu 60 Prozent am Gesamtbudget beteiligt, setzt sich die Landesregierung für eine Optimierung der finanziellen Ausstattung und der Rahmenbedingungen ein.



Die Kinder erfahren mehr über Anbau und Herkunft von Lebensmitteln sowie über abwechslungsreiches, genussvolles Essen.

Nachhaltige Entwicklung als europäische Gemeinschaftsaufgabe gestalten

Eine starke, zukunftsorientierte Nachhaltigkeitspolitik ermöglicht Europa einerseits, zu den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen beizutragen – und andererseits, eine der lebenswertesten und erfolgreichsten Regionen der Welt zu bleiben. Kern der nachhaltigen Entwicklung ist, die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu sichern und soziale, ökonomische und ökologische Belange in Einklang zu bringen. Nachhaltigkeit betrifft alle zentralen Zukunftsfragen und muss als Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Verwaltung, Kommunen, Wirtschaft und Unternehmen, Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern gesehen werden.

In Rheinland-Pfalz hat Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. Seit 2001 legt die Landesregierung regelmäßig eine Nachhaltigkeitsstrategie vor und beschreibt darin, wie Rheinland-Pfalz zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele beiträgt. Gemeinsam mit den Ministerien wird die Nachhaltigkeitsstrategie zukunftsgerichtet weiterentwickelt. Eine wichtige Säule der rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitspolitik ist der 2022 eingerichtete Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz. Um den gesellschaftlichen Dialog zu nachhaltiger Entwicklung im Land zu stärken, initiierte der Rat im Jahr 2025 den ersten rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitstag. Zu-

dem unterstützt der Rat die Landesregierung mit Stellungnahmen u.a. zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie.

- » Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Nachhaltigkeit als zentrales Prinzip der europäischen Wertegemeinschaft – gerade in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen – weitergetragen wird und die Menschen in Europa mitnimmt. Dazu gehören u.a. die Fortführung und Weiterentwicklung zentraler europäischer Nachhaltigkeitsprojekte wie das Europäische Klimaschutzgesetz und der Green Deal sowie der Einsatz für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa.
- » Aus Sicht der Landesregierung erfordert nachhaltige Entwicklung langfristig angelegte, vorausschauende Konzepte auf europäischer Ebene, die auf Generationengerechtigkeit, Chancengleichheit, Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlichen Wohlstand, den Schutz von Natur und Umwelt, Lebensqualität, sozialen Zusammenhalt und internationale Verantwortung setzen.

**Nachhaltigkeit
betrifft alle zentralen
Zukunftsfragen und muss
als Gemeinschaftsaufgabe
gesehen werden.**

5. Transformation und Zukunft der Arbeit

Transformation als Chance für Europa begreifen

Die fortschreitende Digitalisierung und der gemeinsame Weg zu mehr Klimaneutralität führen europaweit zu einer Transformation von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft. In einem Europa der Regionen gestalten wir in Rheinland-Pfalz den Wandel der Arbeitswelt zusammen mit unseren europäischen Nachbarn der Großregion.

Diese Veränderung schafft Perspektiven, setzt jedoch Mut zu neuen Wegen voraus. Mit der Transformationsagentur hat Rheinland-Pfalz einen Wegweiser und eine zentrale Stelle für Beschäftigte und Betriebe geschaffen, die diese Chancen für sich nutzen und gestalten wollen. Dabei entstehen attraktive und zukunftsfähige Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte nur dort, wo die Rahmenbedingungen stimmen:

Mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) ermöglicht Rheinland-Pfalz eine Reihe von Förderprogrammen und Initiativen, die Jugendliche auf dem Weg in eine Ausbildung, Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt und Beschäftigte bei der Erweiterung ihrer beruflichen Kompetenzen unterstützen: Zum Beispiel sind Anfang 2025 in Rheinland-Pfalz 14 Projekte im neuen Förderansatz „Transformationsbegleitung“ gestartet, die mit rund 1,5 Millionen Euro aus Landesmitteln und rund 1,1 Millionen Euro aus dem ESF+ gefördert werden. Persönliche Coaches – sogenannte Transformationsbegleiterinnen und -begleiter – entwickeln mit Beschäftigten ihre individuelle berufliche Perspektive weiter und unterstützen sie bei der Suche nach passenden Weiterbildungsmaßnahmen und deren Fördermöglichkeiten. Im Zusammenspiel mit der Transformationsagentur Rheinland-Pfalz und den Agenturen für Arbeit entsteht ein ganzheitliches Angebot aus Informationen zu Transformationsthemen, intensiver

individueller Beratung und finanzieller Förderung der jeweiligen, beruflichen Weiterbildung.

Der rheinland-pfälzische Weg in der Gestaltung der Zukunft der Arbeit ist dabei geprägt von Austausch auf Augenhöhe, Teilhabe und Mitbestimmung. Wir sind überzeugt, dass Transformation nur im Dialog gelingt – in den Betrieben und zusammen mit den Arbeitsmarkt- und Sozialpartnerinnen und -partnern. Dafür steht auch der rheinland-pfälzische Transformationsrat.

» Förderprogramme wie der ESF+ sind von großer Bedeutung für die Stärkung der Chancengleichheit in Europa und der Bewältigung von Transformationsherausforderungen in der Arbeitswelt. Die daraus finanzierten Projekte sind sichtbarer Ausdruck des europäischen Gedankens. Die Landesregierung setzt sich daher weiterhin für eine ausgewogene Finanzierung der europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds und deren Umsetzung in regionaler Verantwortung ein.

» Im Zeitalter der Transformation brauchen zukunftsfähige Arbeitsplätze in Europa qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte. Der Vorschlag einer „Union der Kompetenzen“ bietet dabei zentrale Ansatzpunkte, um die Anforderungen an das Wissen und Können der Beschäftigten in einem international wettbewerbsfähigen Europa zu adressieren. Die Landesregierung fordert, die regionalen Ausprägungen des Strukturwandels konsequent zu berücksichtigen und damit das Prinzip der Subsidiarität in bildungsbezogenen Maßnahmen zu wahren.

Rheinland-Pfalz gestaltet den Wandel der Arbeitswelt gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn der Großregion.

Digitalen Wandel in der Bildung gestalten

Gemeinsam mit den europäischen Nachbar- und Partnerregionen übernimmt Rheinland-Pfalz Verantwortung bei der Gestaltung von Bildung und Transformation in den Bereichen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Zukunft der Arbeit. Rheinland-Pfalz fördert die Digitalisierung seines Bildungssystems seit Jahren gezielt, um eine chancengleiche, zukunftsfähige und lernendenzentrierte Bildungslandschaft konsequent weiterzuentwickeln. Im Fokus stehen der Ausbau digitaler Infrastruktur, die Ausstattung mit moderner Technik, der Einsatz pädagogisch sinnvoller digitaler Werkzeuge sowie die systematische Qualifizierung der Lehrkräfte – auch im Rahmen der grenzüberschreitenden Kooperationen am Oberrhein und in der Großregion.

Im rheinland-pfälzischen Bildungssystem zeigt sich bereits heute, welches Potenzial digitale Technologien für individualisiertes Lernen, inklusive Bildung und die Entlastung von Lehrkräften bieten. Datenschutz, der Schutz vor algorithmischen Verzerrungen und die Orientierung am EU AI Act sind dabei verbindliche Grundlagen einer verantwortungsvollen Digitalpolitik.

Ein Projekt im Rahmen des Aufbauplans „Next-GenerationEU“ ist die Zusatzvereinbarung „Leihgeräte für Lehrkräfte“ innerhalb des DigitalPakt Schule. Mithilfe dieses Programms wurden in

Rheinland-Pfalz zwischen September und Dezember 2021 erfolgreich mobile Endgeräte für Schulen beschafft. Die neu eingerichteten Gerätepools konnten fortan von Lehrkräften für ihre Unterrichtsvorbereitung oder die Durchführung digitaler Unterrichtsformen genutzt werden. Rheinland-Pfalz erhielt insgesamt knapp 25 Millionen Euro EU-Mittel, aus denen mehr als 49.000 digitale Endgeräte für Lehrkräfte beschafft werden konnten.

Durch das abgestimmte Zusammenspiel von Infrastruktur, Qualifizierung und Innovation gestaltet Rheinland-Pfalz – zusammen mit Partnerinnen und Partnern am Oberrhein, in der Großregion und in ganz Europa – den digitalen Wandel aktiv: bildungspolitisch vorausschauend, europäisch orientiert und gesellschaftlich verantwortungsvoll.

- » Die Europäische Kommission sollte gezielt Programme wie Erasmus+ im Schulbereich fördern, um den europaweiten Austausch von Lehrkräften zu unterstützen und zur Qualifizierung von Fachkräften in Zeiten des digitalen Wandels beizutragen.
- » Die Landesregierung fordert von der Europäischen Kommission, dass auf Basis des EU AI Act verbindliche Regeln für den Einsatz von KI und algorithmischen Systemen im Bildungsbereich geschaffen werden, die die besonderen Schutzbedürfnisse von Schülerinnen und Schülern berücksichtigen.

Rheinland-Pfalz übernimmt Verantwortung bei der Gestaltung von Bildung und Transformation, auch im Bereich Zukunft der Arbeit.



6. EU als Wertegemeinschaft

Den Europäischen Gedanken stärken

Eine erfolgreiche Europapolitik wird getragen durch engagierte Bürgerinnen und Bürger, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die Zivilgesellschaft. Die rheinland-pfälzische Landesregierung verfolgt daher das Ziel, den Europagedanken in die Fläche zu tragen und breite Unterstützung – insbesondere junger Menschen – für das europäische Projekt zu gewinnen.

Im Bereich der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit fördert die Landesregierung das europäische Bewusstsein durch Bürgerdialoge, öffentliche Veranstaltungen, Informationsstände bei den Rheinland-Pfalz-Tagen, Mitmachaktionen wie den Europapreis sowie die Förderung von Informationsfahrten zu bedeutenden Orten der europäischen Integration. Auch die jährlich im Mai durchgeführten Europawochen werden finanziell und ideell unterstützt. Im Vorfeld der Europawahl 2024 rief der Europapreis beispielsweise Schulen, Vereine und Initiativen in Rheinland-Pfalz dazu auf, Wahlwerbespots für die sozialen Medien zu gestalten. Ziel war es, insbesondere Erstwählerinnen und Erstwähler auf die neue Möglichkeit in Deutschland aufmerksam zu machen, bereits mit 16 Jahren an der Wahl des Europäischen Parlaments teilzunehmen. Den ersten Preis, dotiert mit 2.000 Euro, gewannen Schülerinnen und Schüler der Realschule plus in Saarburg.

Eine weitere wichtige Säule zur Förderung des Europagedankens ist der Bildungsbereich – in Zusammenarbeit mit vielen Partnern im Land und grenzüberschreitend in Europa. Dies geschieht seit Jahren erfolgreich durch die Unterstützung seitens des europäischen Erasmus+ Programms: Viele Schulen sind dort akkreditiert und es gibt inzwischen auch zahlreiche Konsortien im Land, die die Schulen dabei unterstützen, gemeinsame Projekte mit europäischen Partnerinnen und Partnern durchzuführen.

Eine erfolgreiche Initiative in der Europabildung ist die Zertifizierung von landeseigenen Europaschulen. Rheinland-Pfalz hat 101 Europaschulen, die sich durch ein besonderes Europaprofil, ein weitreichendes Fremdsprachenangebot, umfassende Austauschprogramme mit Partnerschulen sowie kreative Projekte mit europäischer Reichweite auszeichnen. Jährlich veranstaltet das Europahaus Marienberg in Kooperation mit der Landesregierung ein Netzwerktreffen für diese Schulen.

Das 4er-Netzwerk der Regionalpartner (Rheinland-Pfalz, Burgund-Franche-Comté, Mittelböhmen und Oppeln) hat in Europa echten Vorzeigecharakter und einen wichtigen Stellenwert für die Außenbeziehungen des Landes. Seit über 20 Jahren arbeiten die Partnerregionen eng zusammen und machen das Europa der Regionen für die Menschen lebendig und erlebbar. Die Zusammen-



Europa-Ratespiel im Rahmen des Rheinland-Pfalz-Tages.



arbeit reicht von Wirtschaft und Klimaschutz über Sport und Kultur bis hin zu Demokratiebildung und Jugendbeteiligung. Jährlich findet ein Gipfeltreffen statt, bei dem sich die führenden Politikerinnen und Politiker der Regionen treffen und über aktuelle politische Themen und Entwicklungsmöglichkeiten der Partnerschaft austauschen. Dabei werden die Kooperationsbereiche stetig erweitert und die Zivilgesellschaft aktiv einbezogen. Ein Projektbeispiel ist das jährliche Europaquiz, bei dem Schülerinnen und Schüler aus allen vier Partnerregionen mitmachen können. Die jeweils beste Gruppe pro Region gewinnt eine Reise nach Brüssel, um dort die Jugendlichen der anderen Regionen zu treffen und gemeinsam mehr über das 4er-Netzwerk und die europäischen Institutionen zu erfahren. Besonders hervorzuheben sind auch regelmäßige Begegnungen im Schulbereich, so gibt es im Rahmen des 4er-Netzwerks über 150 Schulpartnerschaften: Neben gemeinsamen Projekten und Austauschmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern werden auch Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulleitungen angeboten.

Die Landesregierung pflegt außerdem ein breites Netzwerk mit europapolitischen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Land, darunter die Europe Direct Informationszentren, der Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/4er-Netzwerk e.V., das Europahaus Marienberg sowie der Landesverband der Europa-Union.

- » Zur finanziellen Umsetzbarkeit von internationalen, interregionalen und grenzüberschreitenden Projekten, Austauschprogrammen und Veranstaltungen zur Förderung des Europagedankens sind europäische Förderprogramme wie zum Beispiel Erasmus+ und Interreg essenziell. Die Landesregierung fordert die Europäische Kommission deshalb auf, diese Förderprogramme in der nächsten Förderperiode ab 2028 beizubehalten und bürokratische Hürden bei der Antragsstellung sowie Dokumentationspflichten weiter zu reduzieren.
- » Von der Europäischen Kommission fordert die Landesregierung außerdem eine ausreichende Mittelausstattung der Europe Direct Informationszentren in Deutschland. Sie sind insbesondere in Mittelzentren und ländlichen Räumen ein wichtiger Anlaufpunkt für interessierte Bürgerinnen und Bürger, sowie zentrale Veranstaltungspartner in der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Daher setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die Anzahl der Informationszentren sowie der Umfang der Förderung nicht verringert werden.
- » Im Rahmen des 4er-Netzwerks begrüßt die Landesregierung die Verstetigung regelmäßiger Treffen und setzt sich aktiv für dessen Weiterentwicklung ein. So unterstützt sie die Ausweitung auf zukunftsweisende Kooperationsfelder wie Energiewende, Biotechnologie oder Katastrophenschutz. Der Fokus der Zusammenarbeit soll weiterhin auf dem Austausch der Jugend liegen.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schützen

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die europäischen Grundrechte bilden das Fundament der Europäischen Union. Angesichts der weltweiten geopolitischen Entwicklungen sind sie heute jedoch leider keine Selbstverständlichkeit mehr.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt sich aktiv dafür ein, die Demokratie in unserem Land zu stärken und vor Bedrohungen von innen und außen zu schützen. Dabei betrachtet sie die Europäische Union als Wertegemeinschaft, die maßgeblich zur Bewahrung der Demokratie in Europa beiträgt und deshalb geschützt werden muss. In Rheinland-Pfalz leistet die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Landesregierung durch die Förderung der Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag, um vielfältige Demokratie- und Ehrenamtsinitiativen zu unterstützen. Ein starkes und vielfältiges Europa lebt von der aktiven Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Engagement ist eine tragende Säule der Demokratie – Engagementförderung ist damit Demokratieförderung. Dadurch trägt die Landesregierung zur Stabilität der EU und zum Schutz europäischer Werte bei.

Eine besonders erfolgreiche Initiative des Landes ist das Bündnis „Demokratie gewinnt!“, dem über 180 Mitglieder aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirt-

schaft, Kommunen, Medien und vielen weiteren Bereichen unserer Gesellschaft angehören. Auch europäische Akteurinnen und Akteure wie das Europahaus Marienberg und der Landesverband Rheinland-Pfalz der Europa-Union sind Teil dieses Netzwerks. Das Netzwerk befasst sich auch mit aktuellen europäischen Themen, etwa dem Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf Deutschland und Rheinland-Pfalz. Eine weitere erfolgreiche Landes-Initiative ist das Förderprogramm „100 mal 500 für die Demokratie“: Dieses bietet Fördermöglichkeiten für Akteurinnen und Akteure aus der Zivilgesellschaft, die sich in Rheinland-Pfalz für Europa und die Vernetzung über Grenzen hinweg engagieren. Darüber hinaus ermöglicht das Förderprogramm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“ im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie das Förderprogramm „Demokratie vor Ort“ die Unterstützung von Projekten und Initiativen, die sich für eine vielfältige Gesellschaft und die Stärkung der Demokratie einsetzen.

Eine konkrete Gefahr für unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb der EU ist die zunehmende Verbreitung von Desinformation sowie ausländischer Informationsmanipulation und -einschaltung durch Akteurinnen und Akteure wie Russland. Dabei werden verschiedene hybride Maßnahmen (z. B. Informationsmanipulation, Cyberoperationen oder

Gruppenfoto mit den neuen und zertifizierten Europaschulen.





Staatssekretärin Heike Raab bei ihrem Grußwort zur 100. Europaschule.



Beim Demokratietag im September 2025 macht die Politik deutlich: Demokratie lebt vom Einsatz der Zivilgesellschaft.

Einflussnahme auf politische Parteien) eingesetzt, um ihre Wirkung zu verstärken. Ausländische Akteurinnen und Akteure versuchen so, das Vertrauen in demokratische Willensbildungsprozesse wie Wahlen, den gesellschaftlichen Diskurs und die Demokratie als solche zu untergraben.

Das Problem wird nicht nur von der Landesregierung, sondern auch der Europäischen Kommission erkannt. In ihren politischen Leitlinien kündigte sie einen Europäischen Schutzschild für die Demokratie an, um auf die Herausforderungen zu reagieren und die Widerstandsfähigkeit demokratischer Systeme erhöhen. Im Februar 2025 rief die Kommission schließlich eine nicht-legislative Initiative ins Leben: Mit ihr soll die Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaft gestärkt werden – insbesondere durch eine bessere Medien- und Digitalkompetenz. Medienkompetenz ist in allen Altersgruppen eine wesentliche Voraussetzung, um selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat deshalb im September 2025 eine gemeinsame Strategie zur Förderung der Medienkompetenz beschlossen. Ziel ist es – unter Einbezug der Ministerien und externer Partnerinnen und Partner – die bestehenden Angebote zu bündeln, dadurch Synergien zu schaffen und die Medienkompetenz der Bevölkerung landesweit zu stärken. Bereits heute besteht in Rheinland-Pfalz ein breites Angebot für verschiedene Altersgruppen, darunter die Initiativen „Ohrenspitzer“ und „Digitalbotschafter“ sowie die jährliche „Woche der Medienkompetenz“.

Um Bürgerinnen und Bürgern die Justiz näherzubringen, wurde im Jahr 2003 der Europäische Tag der Justiz vom Europarat und von der Europäischen Kommission initiiert. Im Jahr 2025 fand die zentrale deutsche Veranstaltung anlässlich des 22. Europäischen Tags der Justiz in Mainz statt – auf Einladung des Bundesamts für Justiz, des rheinland-pfälzischen Ministeriums der Justiz und des Landgerichts Mainz. Im Mittelpunkt stand das Partnerland Frankreich, das mit zahlreichen hochrangigen Expertinnen und Experten vertreten war. Neben Fachleuten nahmen auch über 120 Schülerinnen und Schüler teil, die in einer Prozesssimulation das deutsche und französische Rechtssystem erleben konnten und die Partnerschaft zwischen dem Oberlandesgericht Zweibrücken und dem Cour d'Appel de Metz kennenlernen. Den Abschluss bildete ein Festakt unter dem Motto „75 Jahre Europa“.

- » Die Landesregierung teilt die Einschätzung der Europäischen Kommission, dass Demokratie und ihre Errungenschaften nicht mehr selbstverständlich sind. Zu ihrem Schutz sind größtmögliche Anstrengungen erforderlich.
- » Die Landesregierung wird sich für geeignete Maßnahmen einsetzen, um der Verbreitung demokratieschädlicher Narrative entgegenzuwirken und mehr Verantwortlichkeit und Transparenz in digitalen Räumen zu gewährleisten. Sie wird daran arbeiten, kritische Infrastrukturen vor physischen und Cyberangriffen sowie vor ausländischer Einflussnahme zu schützen.

Unabhängige Medien und eine vielfältige Medienlandschaft in Europa fördern

Unabhängige und vielfältige Medien sind für unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa unverzichtbar. Eine Vielfalt unterschiedlicher Medien – privat wie öffentlich-rechtlich organisiert – macht die kulturelle Vielfalt der EU-Mitgliedstaaten sichtbar und fördert den kulturellen Austausch und Zusammenhalt in der Gesellschaft (regional, national sowie grenzüberschreitend). Dabei müssen sich Medien kontinuierlich an neue technische sowie gesellschaftliche Herausforderungen und Gegebenheiten anpassen, etwa an den rasanten Aufstieg der Plattformen im Medienbereich und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Zur Bewältigung dieser aktuellen Herausforderungen haben die Länder einen Reformstaatsvertrag auf den Weg gebracht, der die Medien in diesem Wandel unterstützt und gleichzeitig ihre demokratische Funktion stärkt. Im Hinblick auf diese Reformen wurde in Rheinland-Pfalz, gemeinsam mit Baden-Württemberg, der SWR-Staatsvertrag novelliert. Damit wurden Auftrag und Struktur des SWR angepasst, um die Meinungsvielfalt und die Darstellung regionaler Kultur zu stärken, und das Vertrauen in den Sender zu erhöhen. Auch die Novelle des Landesmediengesetzes sieht Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in die Medien und der Meinungsvielfalt vor.

Zugleich kommt Rheinland-Pfalz als Vorsitzland der Rundfunkkommission aller 16 Länder eine zentrale Rolle zu. Es begleitet die europäischen Diskussionen sowie Regelungsvorhaben und bringt die Position der Länder ein, etwa bei den Verhandlungen zur EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) oder dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA).

Rheinland-Pfalz koordiniert zudem die Umsetzung europäischer Regelungen in den bundesweit geltenden Staatsverträgen (den sogenannten Medienstaatsverträgen), wie zum EMFA, dem AI Act und der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung.

Darüber hinaus ist der Sender ARTE seit über 30 Jahren ein Erfolgsprojekt der deutschen Länder gemeinsam mit Frankreich: Von Beginn an hat sich dieses dem kulturellen Austausch gewidmet, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und die Annäherung der europäischen Nationen auf der Grundlage europäischer Werte zu unterstützen. Durch das langjährige Engagement in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Entwicklung mehrsprachiger Angebote trägt ARTE maßgeblich zur programmlichen und technischen Medienentwicklung Europas bei.

- » Zur Stärkung unserer Demokratie setzt sich die Landesregierung, für starke, unabhängige Medien ein. Sie erwartet daher insbesondere von der Europäischen Kommission, die Rahmenbedingungen für freie Medien auch im digitalen Raum optimal auszugestalten.
- » Um Meinungs- und Kommunikationsfreiheit – und damit unsere Demokratie in Europa – zu schützen, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen und der gegenseitigen Unterstützung der verschiedenen Ebenen. Aus Sicht von Rheinland-Pfalz sollte stärker darauf fokussiert werden, wie sich die Ebenen sinnvoll ergänzen können, um einen kohärenten und konsistenten Rechtsrahmen von Landes-, Bundes- und EU-Gesetzgebung für den Medienbereich zu schaffen.
- » Das Land setzt sich für die Förderung und Stärkung unabhängiger Medien ein, die journalistisch-redaktionellen Sorgfaltspflichten unterliegen. Deshalb sollte die Übersetzung und Distribution des europäischen Angebots von ARTE mit EU-Mitteln gefördert werden.

Medien müssen sich an neue technische sowie gesellschaftliche Herausforderungen und Gegebenheiten anpassen.



Für Vielfalt, Gleichstellung und Antidiskriminierung einsetzen

Die rheinland-pfälzische Landesregierung steht für eine Politik der Vielfalt und Offenheit und sieht darin die Basis für ein demokratisches, friedliches und tolerantes Zusammenleben in Europa. Bereits 2020 hat die Landesregierung den Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verabschiedet. In diesem Zusammenhang setzt sie sich entschieden gegen jede Form von Diskriminierung ein.

Auf dem Weg zu einer „Union der Gleichheit“ bietet die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 eine wichtige Grundlage für frauenpolitische Maßnahmen in den Mitgliedstaaten. Die Beendigung von geschlechterbezogener Gewalt ist eines der wichtigsten Ziele der EU-Gleichstellungsstrategie. Eine wesentliche Rolle spielt die vollständige Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (die sogenannte Istanbul-Konvention). Die Landesregierung hat in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und nichtstaatlichen Organisationen einen Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention entwickelt: Er umfasst insgesamt 117 konkrete Einzelmaßnahmen, die relevante Bereiche der Gewaltprävention, des Gewaltschutzes und der Unterstützung von Frauen betreffen.

Zudem hat die EU weitreichende Antidiskriminierungsrichtlinien erlassen, die sich unmittelbar auf das Leben aller Menschen in der Europäischen Union auswirken sollen. Die Landesregierung wird künftig ein Beratungsangebot in Fällen von Diskriminierung aufbauen, um den Betroffenen unmittelbare Unterstützung anzubieten, damit sie ihre Rechte besser kennen und in Anspruch nehmen können. Im Rahmen des Bundesprogramms respekt*land wurde in Rheinland-Pfalz ein Beratungsangebot aufgebaut, das zivilgesellschaftlich vom Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V. getragen wird. Mit Auslaufen des Bundesprogramms 2026 wird das Land die Förderung

übernehmen. Durch verschiedene Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit soll das Netzwerk künftig den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern fördern und das Angebot weiterentwickeln. Den Menschenrechtsschutz als zentralen gemeinsamen Wert in der Europäischen Union wird das Netzwerk durch Beratung vermitteln und stärken. Die Vernetzung mit anderen Trägern in anderen Bundesländern und europaweit hat begonnen.

- » Die aktuelle EU-Gleichstellungsstrategie läuft Ende 2025 aus. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz fordert die Europäische Kommission auf, ihre Gleichstellungsstrategie über 2025 hinaus fortzuschreiben. Antifeministische und demokratiefeindliche Bestrebungen müssen in den Blick genommen werden, damit sich die „Union der Gleichheit“ konsequent weiterentwickelt.
- » Die Landesregierung fordert die Europäische Kommission auf, eine öffentliche Konsultation durchzuführen, die allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren die Möglichkeit gibt, sich an der Entwicklung der neuen EU-Gleichstellungsstrategie aktiv zu beteiligen.
- » Zur finanziellen Umsetzung von Projekten und Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit und Veranstaltungen zur Förderung der europäischen Menschenrechtscharta sind europäische Förderprogramme wie zum Beispiel Citizens, Equality, Rights and Values (CERV) unverzichtbar.



Die Istanbul-Konvention spielt bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen eine wesentliche Rolle.

Menschen über Grenzen hinweg verbinden

Sport und Kultur verbinden Menschen in ganz Europa und tragen entscheidend dazu bei, Vorurteile abzubauen sowie einen Raum für Begegnungen und gemeinsames Verständnis zu schaffen. Sport wirkt als zivilgesellschaftlicher Motor, der über Spaß und Begeisterung an der Bewegung Werte vermittelt, Respekt einfordert und den Fairnessgedanken stärkt. Durch interregionale Sportbegegnungen, etwa der jährlich stattfindenden FAIRPLAY Tour der Großregion, des RUN FOR EUROPE, der 4er-Netzwerk-Veranstaltung „Sport verbindet Europa“ und dem Drei-Länder-Lauf, Jugendcamps wie dem Jugend-Olympialager in Straßburg sowie Trainer-Aus- und -Fortbildungen entstehen Gelegenheiten des gegenseitigen Austauschs, die Sprachbarrieren überwinden und insbesondere Jugendliche für Europa begeistern können.

Erfolgsversprechend sind vor allem freiwillige grenzüberschreitende Kooperationen, da Sportausübung zu großen Teilen auf Freiwilligkeit und ehrenamtlichem Engagement beruht. Sportorganisationen können dabei Unterstützung von Gremien wie der Arbeitsgruppe Sport der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz und der Arbeitsgruppe Sport der Großregion erhalten. Zudem können Sportorganisationen ab 2025 finanzielle Fördermöglichkeiten über den Sportfonds der Oberrheinkonferenz sowie den Sportfonds der Großregion erhalten, an deren Einrichtung die Landesregierung maßgeblich beteiligt war.

In den letzten Jahrzehnten ist die Großregion auch durch kulturelle Verbindungen enger zusammengewachsen. Der unter rheinland-pfälzischer Gipfelpräsidentschaft weiterentwickelte Geschichtswettbewerb „Schicksal(e) der Großregion“ würdigt das grenzüberschreitende Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in verschiedenen Lebensbereichen. Historikerinnen und Historiker, Soziologinnen und Soziologen sowie Medienschafterinnen haben Anfang 2024 Beiträge

aus der jüngeren Zeitgeschichte eingereicht, die den Werdegang einer bestimmten Person, einer Gruppe oder eines Projekts zusammenfassen und stellvertretend für die Vielfalt und Entwicklung der Großregion stehen. Ein weiteres grenzüberschreitendes Vorhaben, das unter rheinland-pfälzischer Gipfelpräsidentschaft initiiert wurde, ist das Interreg A-Kleinprojekt „Bewegende Kultur“. Das Projekt bringt Kulturschafterinnen aus allen Teilregionen der Großregion zusammen, die mit mobiler Infrastruktur arbeiten und mobile Kulturformate in ländlichen Regionen entwickeln. Durch den Austausch von Good Practices und die Förderung langfristiger Netzwerke werden Impulse für eine engere Zusammenarbeit und den internationalen Dialog gesetzt.

Ein weiteres Austauschformat im Kulturbereich besteht auch zwischen Rheinland-Pfalz und der Partnerregion Oppeln. Inzwischen ist es gute Tradition, dass Rheinland-Pfalz sich mit Künstlerinnen und Künstlern an den Deutschen Kulturtagen im Oppelner Schlesien beteiligt. So konnten sich die Besucherinnen und Besucher der 22. Deutschen Kulturtagen im Herbst 2025 über ein Konzert der Villa Musica sowie Aufführungen des Puppentheaters Koblenz freuen.

» Die Landesregierung möchte Sportorganisationen in Grenznähe – und darüber hinaus – ermutigen, verstärkt die Begegnung und die Kooperation über die Grenzen hinweg zu suchen. Sportverbände und Sportfachverbände sollten die ihnen angeschlossenen Sportvereine zu solchen Aktivitäten aufrufen und sie dabei unterstützen.

» Die Landesregierung setzt sich für die Stärkung von EU-Förderprogrammen ein, die für internationale Projekte im Kulturbereich geeignet sind. Dazu gehören „Kreatives Europa“ oder Programme wie Interreg, die sich auch an die Kunst- und Kulturszene richten.

**Sport und Kultur verbinden
grenzüberschreitend
Menschen in ganz Europa.**



Die Fairplay Tour der Großregion setzt sich seit 1999 für Fairness, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und offene Grenzen ein und trägt auch einen aktiven Teil zur Entwicklungszusammenarbeit bei.



„Schicksal(e) der Großregion“ würdigt das grenzüberschreitende Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in verschiedenen Lebensbereichen.



„Sport verbindet Europa“: Bei dieser Veranstaltung im Mai 2025 traten junge Sportlerinnen und Sportler aus Akrobatikgruppen der 4er-Netzwerk-Regionen gemeinsam auf.

Impressum

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
E-Mail: europa@stk.rlp.de
www.europa.rlp.de

Bildnachweis

S. 1 © Depositphotos | S. 3 © Staatskanzlei RLP / Kay | S. 6 © MKUEM | S. 8 © Depositphotos | S. 10 © Gorodenkoff Productions@iStock | S. 12 © LIME medical GmbH | S. 15 © MKUEM | S. 16 © Staatskanzlei RLP / Schäfer | S. 19 © MFFKI | S. 20 © Carolin Horst | S. 21 © Wasgau Ölmühle / Felix Pöland | S. 22 © Depositphoto | S. 23 + 24 © Staatskanzlei RLP / Werner-Hohensee | S. 27 © MWVLW | S. 28 © Udo Hermann/stock.adobe.com | S. 29 © SNU | S. 30 © MKUEM | S. 33 © Depositphotos | S. 34 © Staatskanzlei RLP / Gerhard | S. 35, 36, 37, 38 © Staatskanzlei RLP / Schäfer | S. 39 © stock.adobe.com / nadzeya26 | S. 41 © MFFKI, Staatskanzlei RLP / Schäfer

Gestaltung, Layout und Satz:

flmh – Labor für Politik und Kommunikation, Berlin

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und Wahlwerbern oder Wahlhelfern und Wahlhelferinnen zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einer politischen Gruppe verstanden werden könnte.

Mainz, Dezember 2025



Rheinland-Pfalz